

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Mittwoch, den 28. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Unternehmerforderungen.

Es ist recht bemerkenswert, wie sich die eigentlichen Interessenorgane des Unternehmertums zum neuen Reichstag stellen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“, in der die kapitalistischen Interessen von dem bekannten Freiherrn v. Reisswitz dirigiert werden, wendet sich dagegen, daß jetzt im bürgerlichen Lager ein höchst unerfreuliches Streiten darüber stattfindet, wessen Schuldkonto am meisten bei der Herbeiführung der so außerordentlichen Erfolge der Sozialdemokratie belastet sei. Ebenso aber sei es „vollkommen überflüssig, ja geradezu gefährlich, wenn sich die einen wie die andern nunmehr mit der Behauptung wegzubrennen suchen, daß die Hauptschuld an dem bedauerlichen Wahlausgang der Regierung aufzubürden ist“.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht, wie vielfach von liberalen Blättern gesagt wird, erst als Folge des Zusammenbruchs der Bülowschen Blockpolitik und der verfehlten Finanzgesetzgebung eingetreten seien. Habe doch schon sofort nach den Wahlen von 1907 die Sozialdemokratie neuen Aufschwung genommen, die Zahl ihrer Parteimitglieder sei gerade in jenen Jahren der Bülowära sehr schnell angewachsen. Auch mit einer „zündenden Wahlparole“ wäre nichts zu machen gewesen, meint die „Arbeitgeber-Ztg.“:

Wenn des Bedauerns darüber kein Ende ist, daß die Reichsregierung nicht zur rechten Zeit mit einer zündenden Wahlparole hervorgetreten ist, so muß ihr doch das von vornherein als mildernder Umstand angerechnet werden, daß es ihr diesmal wirklich nicht leicht fallen konnte, nach dieser Richtung hin das erlösende Wort zu finden, nachdem erst fünf Jahre zuvor, und zwar oben- und unten noch mit rein äußerlichem Erfolg, ihre Stellungnahme zur innerpolitischen Konstellation in ganz bestimmter Weise festgelegt worden war; in einer Weise, deren den völlig veränderten Verhältnissen entsprechende Berichtigung nur zu leicht recht unerwünschte humoristische Wirkungen auslösen konnte.

Noch bemerkenswerter ist es, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ auch in sozialpolitischen Dingen mit den gegenwärtigen Regierungsmännern durchaus zufrieden ist. Früher hätten, so führt das Blatt aus, die verantwortlichen Instanzen falsche Auffassungen über die Sozialdemokratie gehegt; sie hätten sich durch „sehr einflußreiche akademische Kreise“ zu der falschen Ansicht verleiten lassen, daß man die Sozialdemokratie dulden müsse, weil sie doch auch Arbeiterinteressen vertritt und die revolutionären Äußerungen schließlich ablegen werde. Diese Auffassung sei aber als Irrtum erkannt worden. „Wir sind der festen Überzeugung“, sagt das Blatt des Herrn v. Reisswitz, „daß man in den leitenden Kreisen schon längst zu der Erkenntnis der Tragweite des gekennzeichneten Irrtums gelangt ist“. Ein andres aber sei es, Fehler zu erkennen, und ein andres, Fehler zu verbessern. Die gegenwärtige Lage auf innerpolitischem Gebiet sei nun leider so ungeeignet wie möglich „zur Inangriffnahme von entscheidenden Abhilfsmassregeln“. Das heißt — und so entspricht es auch der wirklichen Lage der Dinge —: Die kapitalistischen Herren sind sich sicher, daß die Regierung Bethmann-Hollweg frei ist von jeder „akademischen“ Neigung, Arbeiterinteressen zu fördern, und bereit ist, jederlei ausichtsreiche „Abhilfsmassregeln“ gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ vorzunehmen.

Wer trägt denn nun aber nach Meinung des Unternehmerorgans die Schuld an den Erfolgen der Sozialdemokratie? Und wie soll erreicht werden, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, die Gebote des Unternehmertums zu erfüllen? Die Schuld soll an den „bürgerlichen Parteien“ selbst liegen. Diese sollen über ihren Haber hinwegkommen und endlich wieder jene Solidarität unter einander erreichen, „die einzig und allein der andernfalls unausbleiblichen politischen Katastrophe vorzubeugen imstande ist“. Wie aber soll diese Solidarität der bürgerlichen Parteien sich bewähren? Setzt verrät uns die „Arbeitgeberzeitung“, worauf ihr alles ankommt. Die Sozialdemokratie fordere Sicherung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Reichsarbeitsamt und Arbeiterkammer, Ausbau der Gewerbe-Inspektion, Normalarbeitszeit, weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, Reform der Arbeiterversicherung, sie fordere Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer und anderes mehr. Gegen diese Forderungen sind sich zu kehren, das sei die erste Pflicht aller bürgerlichen Parteien. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ruft diesen Parteien zu:

„Liegt den bürgerlichen Parteien auch nur das geringste daran, daß die schon an sich durch die allgemeine Wirtschaftslage einer recht unsicheren Zukunft entsprechende Gütererzeugung nicht vollends aus dem Sattel gehoben wird, dann werden sie nach allem sehr bald zu einer maßgebenden Revision ihres bisherigen Verhaltens gelangen und die Frontstellung wieder dahin nehmen müssen: nämlich nach links. Ja, wir vertrauen sogar fest darauf, daß auch die von dem demokratischen Flügel des Linkliberalismus in letzter Zeit beobachtete Kampfstrategie von diesem alsbald wieder zugunsten einheitlicher Begegnung des sozialdemokratischen Versuchs allmählicher Abwägung der bürgerlichen Gesellschaft gegeben wird.“

Es versteht sich, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“, nachdem man in der Wahlzeit von der glänzenden Entwicklung des Wirtschaftslebens und der Steigerung des „Volkseinkommens“ geschwärmt hat, jetzt wieder von dem Elend redet, das über unsere armen Kapitalisten hereinbrechen wird, sofern nicht endgültig und absolut mit der verhassten Sozialpolitik Schluß gemacht wird. Die bürgerlichen Parteien des letzten Reichstags haben wahrlich sozialpolitisch herzlich wenig geleistet, und man sollte meinen, daß auch das einseitige Unternehmerblatt mit ihnen sehr zufrieden sein könnte. Aber nein, sie haben sich angeblich allzusehr willfährig zu den sozialdemokratischen Forderungen erhalten. Das muß jetzt anders werden. Diese Parteien sollen eine „maßgebende Revision ihres bisherigen Verhaltens“ einleiten lassen. Sie sollen keinerlei Sozialreform, auch nicht die schwächste oder oberflächlichste, betreiben, nicht einmal der Schutz der Arbeiter in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben darf fortgeführt werden. Parteien, die sich solchem Gebot des Unternehmertums nicht fügen würden, werden wißt bedroht, daß sie sich der „Abwägung der bürgerlichen Gesellschaft“ schuldig machen.

Wenn, so beschließt die „Arbeitgeber-Zeitung“ ihre Wahlbetrachtung, die Parteien in der von ihr gewünschten Art sich zusammenschließen, dann werde auch die Regierung wieder „aus ihrer bis dahin beobachteten Reserve heraustreten“. Dann werde die Regierung sich an die Spitze derer stellen, die „nicht länger gewillt sind, unser deutsches Vaterland zum Tummelplatz einer Horde von revolutionären Demagogen zu machen“!

Die Sprechweise des Unternehmerblattes entspricht sehr den Parteien von „Besitz und Bildung“. Doch wir schenken den noblen Leuten das. Es wird sich ja bald zeigen, in welchem Maße bei den bürgerlichen Parteien die Neigung vorhanden ist, die Rezepte des klassenbewußtesten Unternehmerorgans als die richtige Lehre aus dem Ergebnis der roten Wahlen von 1912 anzuerkennen. Neigungen dazu sind sicherlich, von den Konservativen ganz zu schweigen, bei dem Zentrum und den liberalen Parteien vorhanden. Es fragt sich nur, ob in diesen Parteien nicht auch Politiker vorhanden sind, die durch die Niederlagen, die gerade auch ein Trimborn und ein Mugdan erlitten haben, zu erheblich ändern Erkenntnissen geleitet werden. Ohne Zweifel haben neben andern Ursachen just die mangelnde Sozialreform und die schon immer drohenden Scharfmacherpläne ein bedeutendes Teil zu den großen sozialdemokratischen Siegen beigetragen. Die Sozialdemokratie würde sich sicherlich auch in Zukunft gar nicht übel stehen, wenn die Vorschläge des Freiherrn von Reisswitz jetzt noch mehr Gehör finden sollten als schon bisher. Es gibt noch immer viele Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien anhängen. Uns soll es recht sein, wenn man sie bis auf den letzten Mann in unsere Reihen treibt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussische Schablone.

Gestern war noch ein Tag der Gesegentwürfe. Die Ausführungsbestimmungen zur internationalen Konvention über den Mädchenhandel und der deutsch-türkische Handelsvertrag wurden in dritter Lesung nach wenigen Bemerkungen erledigt. Den Nachmittag nahmen im übrigen die Entwürfe eines Staatsangehörigkeits- und eines Schutztruppengesetzes in Anspruch. Die erste Lesung wurde zu Ende geführt, und der erste Entwurf einer Spezialkommission, der zweite der Budgetkommission überwiesen.

In der Debatte, die vor ziemlich gut besetzten Bänken verlief, richtete sich die Kritik unserer Fraktionsredner vor allem gegen die preussische Schablone, die sich in den zwei gewiß verschiedenen Gegenständen durchsetzen möchte: Schablone des engherzigsten Formalismus, aber noch vielmehr des preussischen Korporalstokes.

Gen. Landsberg, der neugewählte Abgeordnete von Magdeburg, der zum Entwurf des Staatsangehörigkeitsgesetzes sprach, wies in scharfsinniger Beweisführung

gerade diese gefährliche und verständnislose Schablonisierung zurück, die vorzugsweise die Bestimmungen über die Wehrpflicht, den Verlust der Staatsangehörigkeit der Frauen und die Naturalisation der Ausländer in sich bergen. Die Absicht, den preussischen Einfluß zu verstärken, zeigt sich unzweifelhaft bei der neu vorgesehene Bestimmung, daß Ausländer ihre Naturalisation nur bewirken können, wenn kein Bundesstaat dagegen Einspruch erhebt.

Der Nationalliberale von Richtofen erklärte sich natürlich mit dem Grundgedanken des Entwurfs einverstanden, war aber doch genötigt, gewisse Milderungen und Erleichterungen zu fordern. Es wäre auch dem schwächsten Nationalliberalen die unbedingte Zustimmung freilich schwer geworden, nachdem zuvor der Däne Hanssen an einigen erschütternden Menschenfickalen aus der nordschleswigschen Polizeipraxis gezeigt hatte, wie heute schon die preussischen Behörden den Sinn des geltenden Fremden-Rechts willkürlich und widersinnig mißhandeln.

Das Schutztruppengesetz gab Genosse Noske Veranlassung, in seiner auf gründliches Material gestützten Rede die zwar sachlich ganz ungerechtfertigte, wohl aber bewußt gewollte Übertragung des preussischen militaristischen Systems auf die Schutzgebiete anzugreifen. Unser Redner konnte zunächst auf die alten Zustände zum Trost immer noch gewaltigen Kosten für die Erhaltung der Schutztruppe hinweisen und dann mit guten Gründen auseinandersetzen, daß in Süd-West-Afrika doch nur eine Polizeitruppe Sinn habe. Der Gedanke, eine Miliz aus der weißen Bevölkerung zu bilden, fand sogar die freilich bedingte Zustimmung des Abg. Erzberger. Der Zentrumredner, der nach Noske zu Wort kam, erklärte nämlich ausdrücklich, diese Frage müsse in der Budget-Kommission eingehend erörtert werden. Im übrigen wandte sich Erzberger gegen den Entwurf, dem er vor allem vorwirft, daß das Kontrollrecht des Reichstags bei seiner Gesetzgebung eingeschränkt würde; auch er mußte das von unserem Fraktionsredner proklamierte Prinzip: keine Schutztruppe, sondern Polizeitruppe durchaus anerkennen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Götinger (N.) und Dove (Vpt.), die sich im wesentlichen zustimmend äußerten, wurde der Entwurf an die Budget-Kommission überwiesen.

Heute beginnt die zweite Lesung des Etats des Innern. Genosse Wurm spricht als erster Redner.

Reaktionäre Trübsal.

Der Ausfall der Reichstagswahlen hat vorläufig durch alle schönen Rednungen der Reaktionäre auf weitere Knebelung der Arbeiterbewegung einen Strich gemacht. Nun lassen sie die Köpfe hängen und blasen Trübsal, wobei sie aber ihre reaktionären Meinungen erst recht der Welt offenbaren. So geschah es auch in einem Vortrage, den in voriger Woche der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Tzeitzler im konservativen Verein in Breslau hielt. Er führte darü u. a. aus:

„Die Liberalen haben sich verpflichtet, für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts einzutreten. Das Reichstagswahlgesetz ist das ungerechteste aller Wahlgesetze, denn es bringt die Rechte nicht mit den Leistungen in Einklang. Das schlimmste dabei ist, daß derjenige, der gar nichts leistet, das gleiche Recht hat wie der ehrbare Bürger. — Ein modernes Wahlrecht auf der Grundlage der allgemeinen gleichen Wahl ist das elstschicklichste. Es beschränkt das Wahlrecht der Verbehrer und begünstigt die sehhafte Bevölkerung. Auch das Reichstagswahlrecht sollte derartige Bestimmungen enthalten. Am besten wäre es, Zuchthäusern, Erpressern, Zuhältern usw. dauernd das Wahlrecht zu entziehen. (Sehr richtig!) Die Wahlprüfungen sollte nicht der Reichstag selbst vornehmen, wie sie ja auch in Elstsch-Lothringen dem Oberlandesgericht übertragen sind. Wenn auch die Erreichung eines idealen Wahlrechts nicht möglich ist, so sollten doch die Auswählte des Reichstagswahlrechts beschnitten werden. Die Jenerer Bedingungen verpflichten die Liberalen weiter, gegen Verschärfungen der Strafgesetze zu stimmen. Dabei kann es sich nur um die Strafen gegen Staatsverächter handeln, denn diese sind leider bei uns außerordentlich milde, während das Eigentum bereits mit drakonischer Strenge geschützt ist. Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz, Aufreizung zur Gewalttätigkeit wird bei uns nur mit Geldstrafe von 300–600 Mk. belegt, während in Österreich schon Aufreizung zum Haß gegen Kaiser oder Regierung mit ein bis fünf Jahren schweren Kerkers bestraft wird, ein Verbrechen, das bei uns überhaupt ungeahndet bleibt. Das Schlimmste ist aber, daß die Liberalen sich auch verpflichtet haben, gegen jedes Usurmegegesetz einzutreten. Die Wühlarbeit der Sozialdemokratie bedroht den Be-

stand des Reiches auf das höchste. Schon jetzt ist der dritte Teil des Reiches erschlossen, Monarchie und Christentum zu vernichten. Wo die Sozialdemokratie kann, mißbraucht sie ihre Macht. Der Arbeitgeber ist nicht mehr Herr in seinem Betriebe. Der Kaufmann und Handwerker im Arbeiterviertel, der sie nicht unterstützt, wird zugrunde gerichtet; der Arbeiter, er mag wollen oder nicht, in ihre Reihen gezwungen. Das sehr wirksame Sozialistengesetz ist leider 1890 abgelaufen, und der Staat steht mit verwehrten Armen das Anwachsen der Umsturzbewegung an. Wenn nichts dagegen geschieht, und die Sozialdemokratie im Lande und im Reichstage die Majorität erhält, dann dürfte es wohl vorbei sein mit des Reiches Herrlichkeit.

Es ist allerhöchste Zeit, etwas zu tun, wenn wir den Bestand des Reiches wahren wollen, und darum müssen wir Konservativen mit Nachdruck fordern: „Reinigung der Wahllisten von unsauberen Elementen und Begünstigung der sesshaften Bevölkerung im Wahlrecht, nachdrückliche Strafen für Verletzung der Staatshoheit und des öffentlichen Friedens, Schutz des Arbeiters vor dem sozialdemokratischen Terror. Mit dem gegenwärtigen Reichstag wird das nicht zu erreichen sein, voraussichtlich verfällt er aber wegen Arbeitsunfähigkeit bald der Auflösung. Dann wird es an der Regierung sein, mit einer unzweideutigen Wahlparole vor das Land zu treten und an jeder Ecke muß es stehen: „Deutsche, euch ruft euer Kaiser gegen seine Feinde auf.“

Zutreffend bemerkt hierzu die bürgerliche „Breslauer Zeitung“: „Bei der dominierenden Stellung, die unsere Staatsanwaltschaften in den Gerichten einnehmen, kann man sich nicht wundern, wenn in politischen Prozessen Urteile zustande kommen, in denen sich der Geist obiger politischer Einseitigkeit und Leidenschaftlichkeit bemerkbar macht.“

Im übrigen spricht der Vortrag deutlich genug von den Herzenswünschen der Reaktionäre. Sie möchten den neuen Reichstag so schnell wie möglich wieder beiseite haben, um, wenn sie wieder die unbeschränkte Mehrheit haben, mit größter Beschleunigung ihre Pläne gegen die Arbeiterrechte durchzuführen, wozu auch ein Angriff auf das Reichstagswahlrecht gehören soll. Aber wir werden unser Pulver trocken halten, um auch auf eine plötzliche Ubertumpelung gefaßt zu sein.

Die inneren Differenzen im Zentrum.

Allen Ablehnungen zum Trotz werden die Differenzen zwischen der Kölner und der Berliner Richtung im Zentrum immer heftiger. Graf Oppersdorf schlägt in seinem neuen Blatt „Wahrheit und Klarheit“ die schärfsten Töne an und mag den journalistischen Vertretern der Kölner Richtung in dem bismarckischen Organ das Leben manchmal recht sauer machen. Wie jetzt bekannt wird, beauftragt die Berliner Richtung auf den kommenden Osterdienstag eine Versammlung ein, von der man im Hinblick auf die Schärfe der Gegensätze zwischen beiden Richtungen bedeutungsvolle Beschlüsse erwartet.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Dienstag die Generaldebatte zum Etat für Handel und Gewerbe. Als erster Redner entwickelte Genosse Ströbel unsere Anschauungen über den Mittelstand; er wies an der Hand reichen Tatsachenmaterials nach, daß die Sozialdemokratie im Reichstage in erster Linie für die Interessen der Handwerker eingetreten ist, und daß man deshalb kein Recht hat, ihr der Vorwurf der Mittelstandsfeindschaft zu machen. In seinen weiteren Ausführungen unterzog Ströbel die Gewerbe-Inspektion, den Hüttenarbeiterschutz, die Überwachung der Bestimmungen des Kinderbeschutzgesetzes, die Ausnahmestimmungen über Konsumvereine, die mangelhaften Wohnungszustände und die nicht ausreichende Sonntagsruhe einer scharfen Kritik und wandte sich ganz besonders gegen die Anregung, das Streikpostengesetz zu verbieten. Nach ihm sprachen eine große Reihe von Rednern der Rechten, die samt und sonders über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus klagten und ein Arbeitwilligengesetz forderten. Unserem Genossen Borchardt wurde das Wort abgehandelt. Borchardt bezeichnete dieses Benehmen als nicht anständig, wofür er zur Ordnung gerufen wurde. Bei einem späteren Titel gelang es ihm, wenigstens einige der schlimmsten Einwände der Gegner zurückzuweisen.

Reichstagspräsidenten auf dem Witzgang.

Der „nationalliberale“ „Hamburgische Korrespondent“ macht den Vorschlag:

„Der Reichstag möge in die Geschäftsordnung sofort die Bestimmung ein, daß der Präsident und die Vizepräsidenten nach ihrer Erwählung beim Kaiser gemeinsamen Empfang zu erbitten haben. Damit würde nur kodifiziert, was längst Brauch ist, und künftig wäre die Kandidierung eines dem Kaiser ausweichenden Parlamentariers für einen der Präsidentenposten unmöglich. Man hat bei uns und im Auslande gerade bei schwebenden Krisen so oft die Geschäftsordnung geändert, daß hier kein Bedenken vorliegt.“

Warum empfiehlt man nicht gleich, dem Kaiser die Ernennung des Präsidiums zu übertragen? Diese Ernennung brauchen dann nicht erst um einen Empfang zu bitten, sie würden alsdann einfach zu Hause befohlen!

Der Herzog bleibt steuerfrei.

Aus Altenburg wird telegraphiert: Im Landtage wurde der sozialdemokratische Antrag auf Gleichstellung des herzoglichen Hauses mit den übrigen Landesbewohnern in steuerlicher Beziehung beraten. Nach zum Teil stürmischer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Einmütig gewählt.

Im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde ist der frühere Gouverneur von Südwestafrika, Herr v. Schmuckmann, von

237 Wahlmännern einstimmig in den preussischen Landtag gewählt worden, was bei diesem erbärmlichen Wahlrecht natürlich kein Kunststück ist. v. Schmuckmann hat dem preussischen Landtag übrigens schon vor seiner Ausreise nach Südwestafrika angehört und hat damals besonderes Aufsehen mit einer Rede über das Treiben auf der Friedrichstraße in Berlin erregt.

Ein Scharfmacher-Programm.

Der konservative Landtagsabgeordnete Dr. Böhm erwiderte am Montag in der Gesetzgebungs-Deputation des sächsischen Landtags mit seinen Vorschlägen zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter heraus. Er formulierte folgende Anträge:

1. a) Zum Schutze der Arbeitswilligen verlangt er gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostengesetz;
b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung;
c) gegen die Sabotage.
2. Stellung des Vorkotts unter Strafe.
3. Gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Gewerkschaftskassen für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten, haften.
4. Außerkräftsetzung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig sind (Verkehr usw.).

Die Regierung soll zunächst darüber gehört werden und dann wird wahrscheinlich die Weiterberatung erfolgen.

Man muß es dem Dr. Böhm lassen: er geht aufs Ganze! Sein Vorschlag verlangt nichts mehr und nichts weniger als die Beseitigung des Koalitionsrechts überhaupt. Selbstverständlich können die seine Herzenswünsche nicht im sächsischen Landtage durchgesetzt werden; der Landtag kann vielmehr nur das Ersuchen an die Staatsregierung richten, in diesem Sinne im Bundesrat tätig sein zu wollen. Es scheint aber doch fraglich, ob sich im sächsischen Landtage eine Mehrheit finden wird, die einen derartigen Wahnsinn unterstützt. Immerhin aber ist es schließlich ganz angenehm, zu wissen, worauf die Scharfmacher letzten Endes zusteuern. Die sächsische Arbeiterschaft wird ganz bestimmt nicht verfehlen, dem Dr. Böhm die Antwort zu geben, die ihm gebührt.

Die Arbeiterfrage in Ostafrika.

Dem Gouverneur v. Nechenberg haben es die Arendt, Liebert und andere, wirkliche oder vermeintliche Kenner der Kolonien schwer verargt, daß er auf eine menschliche Behandlung der Eingeborenen gedrungen hat. Plantagenbesitzer, die gewohnt sind, den Neger mit der Rispferdpeitsche zu behandeln, lassen von Zeit zu Zeit noch immer die Klage hören, daß es ihnen an Arbeitskräften mangelt. Sie vertreten die Ansicht, daß man den Eingeborenen gegenüber den Herrenmenschen-Standpunkt einnehmen müsse. Wie total verkehrt diese Auffassung ist, das lehrt eine Stelle aus dem umfangreichen Buch über „Die deutschen Schutzgebiete“, das vom Reichs-Kolonialamt herausgegeben wurde. Dort heißt es auf Seite 15 über die Arbeiterverhältnisse in Ostafrika:

„Für den Neger kommen als Anreiz zur Arbeit in erster Linie nicht so sehr hohe Löhne, als eine gute Versorgung mit Nahrung und Unterkunft; nicht übermäßige Anforderungen und ein verständnisvolles Eingehen auf die vielen kleinen Anliegen der Arbeiter in Betracht. Arbeitgeber, die für saubere und vor der Witterung schützende Unterkunft, für reichliches Wasser, die den Stammesgewohnheiten angepaßte Verpflegung und menschliche Behandlung Sorge trugen, hatten selten über Leutemangel zu klagen. Dagegen meldeten sich bei anderen freiwillig nur wenige, und auch die angeworbenen entließen trotz höherer Löhne bald, wenn sie Durst leiden, ihren Hunger mit ungewohnter Nahrung stillen mußten, oder sich Mißhandlungen und Körperverletzungen ausgekehrt sahen. Auch der Versuch, die farbigen Arbeitnehmer zu drillen, ruft eine meist nicht unbegründete Abneigung gegen Pflanzungen hervor, in denen solche Gewohnheiten herrschen.“

Königlich sächsische Sozialpolitik.

In einer Verordnung der sächsischen Staatsregierung werden die Bestimmungen des Steinkohlenbergwerks Zaukerode, des Braunkohlenwerks Lipniz, der Hüttenwerke Freiberg und Blaufarbenwerk Oberschlema, sämtlich staatliche Unternehmungen, ermächtigt, den Arbeitern von 1912 an alljährlich einen Erholungsurlaub unter Fortgewährung von Lohn zu erteilen. Hierbei haben sich die Bestimmungen an folgende Bestimmungen zu halten: Erholungsurlaub kann solchen Arbeitern gewährt werden, bei denen nach dem Ermessen der Werkverwaltung wegen der Natur der von ihnen zu verrichtenden Arbeit das Bedürfnis einer mehrtägigen Erholungszeit vorliegt. Ein Anspruch auf Erholungszeit besteht nicht. Auch soll er nur solchen Arbeitern gewährt werden, die sich gut geführt haben, mindestens 35 Jahre alt und seit mindestens 5 Jahren auf staatlichen Berg- und Hüttenwerken beschäftigt sind. Die Dauer desurlaubes ist auf längstens 3 Tage zu bemessen. Die Zeit des zu erteilenden Urlaubes bestimmt die Werkverwaltung. Für jeden Urlaubstag ist dem Beurlaubten der im vorhergehenden Kalenderjahre erzielte durchschnittliche Tageslohn derjenigen Arbeiterklasse, welcher der Beurlaubte angehört, höchstens aber der Betrag von 3,50 Mk. zu gewähren. — Also ein Anrecht auf Urlaub besteht nicht, die Erteilung liegt in dem Ermessen der Verwaltung und nur braven Arbeitern wird diese „Arbeiterfürsorge“ zugute kommen. Natürlich erbt nach fünfjähriger Tätigkeit und zurückgelegtem 35. Lebensjahre erhalten diese pro Tag als Höchstbetrag 3,50 Mk. Mit einer solchen Arbeiterfürsorge ist wenig Staat zu machen. Was seit Jahren bereits in einer großen Zahl Privatbetriebe in weit größerem Umfange durchgeführt ist, müßte erst recht in staatlichen Unternehmungen möglich sein.

Dänemark.

„Liberaler“ Steuerpolitik. Im dänischen Folkething steht gegenwärtig die Finanzreform zur Beratung. Nachdem die Steuern vom vorigen Jahre bei weitem nicht zureichten, aber auch in ihrem Ertrag weit hinter den aufgestellten Berechnungen

zurückblieben, mußten neue Steuerquellen gesucht werden. Das erste Steuerbillet umfaßte eine Steuer auf den inländischen Tabakbau, der dadurch lahm gelegt wurde, eine Stempel- und Vergütungssteuer und die Erhöhung der Personen- und Militärtarife der Staatsbahnen. Mit Ausnahme dieser Maßnahmen gegen Handel und Verkehr, die einige Millionen Mehreinnahmen bringen, sind die übrigen Steuern ein Fiasko der liberalen Steuerpolitik. Durch die Vergütungssteuer ist ein großer Teil der Musiker arbeitslos geworden, und die Theater sind dadurch so schwer getroffen, daß fast alle in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Kennzeichnet diese Steuer so recht die Kulturfeindschaft des dänischen Liberalismus, so bedeutet die am Freitag im Folkething beschlossene Spiritussteuer die völlige Verkommenheit dieser Partei mit samt ihrer Regierung. Dieses Steuergesetz auf Spiritus steht so aus:

Auf Champagner	10 Proz. mehr
„ Billige Weine	20 „ „
„ Bier	40 „ „
„ Aquavit	60 „ „
„ Kornbranntwein	120 „ „

Das Lieblingsgetränk der Reichen, der Champagner, wird also mit 10 Proz. mehr, der Schnaps des Arbeiters mit 120 Proz. mehr besteuert. Das ist liberale Steuerpolitik! Zur Verteidigung dieser Steuerläge gibt man an, daß man aus Rücksicht auf Frankreich keine höhere Steuer auf Champagner erheben dürfe. Souit — so sagt man — verschließen die französischen Kapitalisten ihre Geldschränke, wenn Dänemark demnächst wieder wegen eines aufzunehmenden Pumpes bei ihnen anklopfen muß. Aber auf die eigene Bevölkerung wird keine Rücksicht genommen. Sie läßt sich ja alles gefallen — bis jetzt wenigstens! Nun kommt dazu noch die Zigarettensteuer, die Fortdauer des Kohlenzolls, der gesetzlich mit Ablauf dieses Jahres wegfallen sollte, und dann noch einige andere kleinere Steuern auf direktem Wege — dann hat die liberale Regierung von neuem dem Volke 20 Millionen Kronen aus der Tasche gegeben, die natürlich dem Militarismus zu Wasser und zu Lande in den Rücken geworfen werden. Die dänische „liberale“ Steuerpolitik steht der deutschen Zunker- und Agrarpolitik so ähnlich, wie ein Ei dem andern; nur der eine Unterschied besteht, daß hin und wieder die dänische Regierung etwas in Sozialpolitik auf Kosten der einzelnen Kommunen macht. Das ist aber auch alles, und darauf berechnet, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Im nächsten Jahre finden die Neuwahlen statt, bis dahin sind die neuen Steuern mit ihrem harten Druck merkbar geworden. Ob dann das dänische Volk begriffen hat, daß der Liberalismus seine Geschichte, sein Programm verleugnet, ist schwer zu sagen. Vielleicht gehören noch größere Schröppungen dazu, um die Augen zu öffnen (und die werden ja sicher kommen); vielleicht aber auch genügt schon die diesmalige Abzappung, um der liberalen Regierung und ihrer Partei das Lebenslicht auszublauen. Den Sturm zu entfachen, wird es die Sozialdemokratie gewiß nicht fehlen lassen. Denn ihre Anträge, den durch die neuen Steuergesetze arbeitslos werdenden Arbeitern Entschädigungen aus der Staatskasse zu bezahlen, hat man natürlich abgelehnt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 28. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grünmühle S. und J. Brüggel, Hafensstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Typhuserkrankungen. Das Medizinalamt schreibt uns: Zimmer Stadt sind täglich einige neue Typhuserkrankungen in unserer Stadt zu verzeichnen gewesen. Das ist nicht zu verwundern, denn wenn die am 15. Februar veröffentlichte Warnung des Medizinalamts wirklich den Erfolg gehabt hat, den Genuß roher Milch aufhören zu lassen, so sind doch noch eine Reihe von Erkrankungen zu erwarten, deren Entstehung in dem Genuß infizierter roher Milch vor Erlaß der Warnung zu suchen ist. Es dauert bekanntlich oft mehrere Wochen, bis die stattgehabte Typhusansteckung zum Ausbruch der Krankheit und zu einem ausgeprägten typhösen Krankheitsbilde führt. Möge die erste wiederholte Warnung des Medizinalamts vor dem Genuß roher Milch und Sahne nicht ungehört verhallen! Gerade Schlagafälle wird gelegentlich ohne Bedenken gedanklos von Leuten genossen, die den Genuß roher Milch ängstlich vermeiden. Aber wie die aus infizierter Milch gewonnene Sahne und Schlagafälle, so ist auch das aus solchem Rahm hergestellte halbgefrorene Schneemus gefährlich und ansteckungsfähig, da die Typhusbazillen durch Gefrieren nicht zugrunde gehen. Dagegen ist das unter Anwendung von Kochen mit Rahm hergestellte Fruchteis unbedenklich. Wie aber der einzelne sich durch Kochen vor einer Ansteckung durch Milch schützen kann, so ist es auch für den Konditoreibetrieb möglich durch Verwendung erhitzten pasteurisierten Rahms einer solchen Gefahr vorzubeugen. Durch das Pasteurisieren wird zwar der Rahm etwas flüssiger und anscheinend weniger fettreich, er verliert aber nicht seine Fähigkeit zur Bildung von Schlagrahm. Geben doch große Mengen pasteurisierten Rahms aus Dänemark nach Berlin, um dort in solcher Weise verarbeitet zu werden. — Die Beförderung, sich etwa durch Buttergenuß mit Typhus zu infizieren, ist nicht begründet. Denn beim Sauerwerden der Milch gehen die Typhuskeime bald zugrunde und vor dem Buttern läßt man den Rahm sauer werden, sodas hierbei ein Unschädlichwerden etwaiger Typhuskeime zu erwarten ist.

Die Ernährung des Säuglings. In der gegenwärtigen Übergangszeit beansprucht diese Frage das besondere Interesse der Mütter. Im allgemeinen ist der Säugling im Winter weniger gefährdet als im Sommer. Bekannt ist ja die höhere Sommersterblichkeit der Säuglinge. Aber auch der Winter bringt den Säuglingen Gefahren, so z. B. durch die Erkältungskrankheiten, Krankheiten der Luftwege wie Husten, Schnupfen, Bronchialkatarrh, Lungenentzündung usw. Ganz besonders sind die schwächlichen und falsch ernährten Säuglinge gefährdet. Von ihnen werden viele hinweggerafft.

Wie ist diesen Gefahren des Winters zu begegnen? Darüber orientiert ein Artikel in dem neuesten Heft der zur Belehrung der Mütter bestimmten Zeitschrift „Unser Weg“.

Blätter der Gesundheit in Haus und Familie, die von der preussischen Landeszentrale für Säuglingspflege (Berlin W 9) herausgegeben werden. Zunächst muß man wissen, daß alle Gefäßkrankheiten ansteckend sind. Ein Schnupfen- und Hustenkranker steckt den andern an. Will man einen Säugling vor einer der genannten Krankheiten schützen, so muß man ihn möglichst vor der Berührung mit einer „erkälteten Person“ beschützen. Die erkrankte Mutter darf ihren Liebling weder anfassen noch ansprechen oder gar küssen. Ist aber das Kind krank geworden, dann soll je eher desto besser der Arzt zugezogen werden, auch beim „einfachen Schnupfen“.

Als Vorbeugungsmaßregeln kommen richtige Ernährung und vernünftige Abhärtung des Kindes in Betracht. Hat der Säugling genügend lange die Mutterbrust erhalten und später in richtiger Weise gemischte Kost, so wird eine Erkältung ihn weniger schnell treffen und nicht so zu fürchten sein. Die Abhärtung erzielt man durch regelmäßige Spazierfahrten in frischer Luft. Auch im Winter sollen die Kinder ins Freie kommen. Das Neugeborene kann schon im Alter von 14 Tagen bis zu 2 Stunden ausgefahren werden. Freilich muß es eine Warmjacke in den Wagen bekommen. Nur wenn die Temperatur tiefer als 5 Grad (Reaumur) unter Null sinkt, oder bei Regen, Nebel und scharfem Winde läßt man den Säugling zu Haus. Natürlich darf das Kind bei diesen Ausfahrten auch nicht zu warm eingepackt werden. Sonst schadet es stark und erkaltet sich erst recht. Im übrigen aber ist Luft und Sonne das beste Mittel, um dem Kinde zu roten Backen zu verhelfen und eine Erkältung zu vermeiden.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. In der am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung des Genossenschaftsrates erstattete Genosse Henze den Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr, Oktober—Dezember 1911. In dieser Zeit traten dem Verein 395 Genossenschaftler bei, sodaß am 31. Dezember 4820 Haushaltungen im Konsumverein organisiert waren. Der Umsatz stieg in der Berichtszeit von 278 171 Mk. um 103 219 Mk. auf 381 391 Mk. Ist diese Entwicklung zu begrüßen, so ist die Steigerung doch im Verhältnis zu den Vorjahren etwas zurückgeblieben, und läßt sich dieses leicht durch die nötige Agitation nachholen. Angesichts der herrschenden Teuerung und der immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerungsklasse ist die Konsumgenossenschaftliche Organisation eine Notwendigkeit geworden, und haben die kürzlich stattgefundenen Warenausstellungen gezeigt, in welcher Weise der Verein preiswürdig wirkt. Im Dezember wurde das Grundstück Kottwitzstraße 8 für 41 000 Mk. in der Zwangsversteigerung erstanden. Der Kauf des Schönberger Grundstücks ist noch nicht perfekt geworden, da die Regierung solange den Zuschlag verweigert, bis der Magistrat die Bauerlaubnis erteilt, und der hochwohlw. Schönberger Magistrat erteilt nicht eher die Bauerlaubnis, bis die Regierung die Kaufbestätigung erteilt hat. Die sehr aus Mittelalter erinnernden Rechtsverhältnisse gestatten nicht die Trennung der städtischen Grundstücke von Wiesen und Acker. Und so wird der Konsumverein nicht nur Grundeigentümer, sondern gleichzeitig Erbpächter. Zehnten und Zehntlinge sind abgelöst und wird das alte Haus mit Acker und Wiese 14 000 Mk. kosten. In Seerech ist die Sache soweit gelaufen, daß auch dort im Laufe des Frühjahres ein Haus mit zwei Wohnungen und großem, hellem Laden gebaut wird. Das Haus mit etwa 1000 Quadratmeter großem Grundstück wird 13 000 Mark kosten verursachen. In den umliegenden Ortschaften Meustadt in Holstein, Mölln und Grevesmühlen ist eine rege genossenschaftliche Propaganda seitens der dortigen Gewerkschaftskartelle entfaltet und dürfte dortselbst mit der Möglichkeit der Errichtung von Warenabgabestellen gerechnet werden. In Dassel und Ahrensböck werden in absehbarer Zeit Warenabgabestellen errichtet, da die nötige Anzahl Mitglieder fast vorhanden ist. Mit den Lagerhaltern ist ein Tarif auf folgender Grundlage abgeschlossen worden: Anfangslohn 32 Mark pro Woche, nach einjähriger Tätigkeit 34 Mark wöchentlich und dann steigend per Jahr um je 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 39 Mk. Außerdem eine Urjahrsvergütung von einer Mark für je 1000 Mk. über 60 000 Mk. Umsatz per Abgabestelle. Das gesamte Personal erhält nach einjähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage, nach 5 Jahren 9 Tage und nach 10 Jahren 12 Tage Ferien. Der Kassensbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 474 745,93 Mk. abschließt, wurde vom Genossenschaftsrat erstattet. In diese Berichte schloß sich eine rege Debatte, die in drastischer Weise die Mecklenburger Rechtsverhältnisse illustrierte und auch sonst manche Anregung brachte. Ein Antrag auf Ausschluß von 184 Mitgliedern, die in den letzten zwei Jahren keine Waren aus den Abgabestellen entnommen haben, wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Nordwestdeutscher Rundflug. Die Vereine der Nordwest-Gruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes, zu denen die Vereine zwischen Elbe und Ems gehören, veranstalten in den ersten Tagen des Monats Juni einen Rundflug Bremen — Münster — Hannover — Braunschweig — Lübeck — Hamburg. Die Anregung zu dem Rundflug ist von Bremen ausgegangen. Eine Sitzung von Vertretern der Vereine des Verbandes fand am Sonntag nachmittag in Hannover statt. Anwesend waren die Vertreter von Hannover, Hamburg, Bremen, Lübeck, Osnabrück, Münster, Minden und Braunschweig. Die Ausschreibungen des Fluges, der im Juni stattfindet, wurden, nachdem vor einigen Wochen Verhandlungen mit Vertretern der Industrie und der Flugsporkommission in Berlin stattgefunden, endgültig festgesetzt. Das Wettfliegen ist nur für deutsche Flugzeugführer offen. Jeder Bewerber verpflichtet sich, einen Fliegeroffizier als Fluggast auf den Stappentrecken mitzuführen. Diese erhalten bestimmte, von den Generalkommandos der drei in Betracht kommenden Korps gestellte Aufgaben, zu denen die Kommandos der auf der Strecke liegenden Truppenteile herangezogen werden. Schaulflüge sollen an den Stappenorten nicht stattfinden. Die Höchstzahl der Teilnehmer beträgt 15. Der Flug nimmt vom Rennplatz in Bremen aus seinen Anfang. In Aussicht genommen sind drei Flugtage. Auf jeden Flugtag folgt ein Ruhetag. Jede Stappe muß 200 Kilometer lang sein. Die erste führt über Oldenburg, das umkreist werden muß, nach Osnabrück, wo eine Zwischenlandung von einer halben Stunde vorgesehen ist, und von da nach Münster. Der zweite Tag führt von Münster über Minden nach Hannover und endet nach einer Zwischenlandung in Braunschweig. Für die dritte Tagesstrecke ist das erste Ziel Lübeck, wo nach einer Zwischenlandung die Fahrt nach Hamburg fortgesetzt wird. In Hamburg soll sich dann ein örtlicher Wettbewerb anschließen. An Preisen für den Rundflug sind 80 000 Mk. ausgesetzt.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Montagabend auf der Karnevals-Redoute des Stadttheater-Singchores in der Stadthalle. Bei einer photographischen Witzlichtaufnahme explodierte das Magnesiumpulver mit lautem Knall. Der achtzehnjährige Photograph Sch. erlitt dabei erhebliche Verletzungen an den Augen und Händen, sodaß er schleunigst nach Anlegung eines Notverbandes dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Konkursöffnung. Über das Vermögen des Buchbindermeisters und Schreibwarenhändlers F. A. D. Pape

in Lübeck, Pfaffenstraße 12, ist am 27. Februar 1912, vorm. 11^{1/2} Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann D. von Schack in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Die Karnevals-Redoute des Lübecker Stadttheater-Singchores, welche am Montagabend in der Stadthalle arrangiert war, erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Es herrschte ein buntes Leben und Treiben in den weiten Räumen. Besonders Vorklang fanden die humorvollen Darbietungen der Künstler, durch welche die feierliche Stimmung noch gehoben wurde. Der Ertrag des Festes dürfte recht ansehnlich sein.

Harry Walden tritt nur noch heute und morgen im Hansa-Theater auf. Am Donnerstag, dem 29. Februar, findet sein Abschieds- und Ehrenabend statt, der sicherlich sehr zahlreich besucht werden wird.

Volkschülerkonzert. Zum Besten einer zu gründenden Reisefasse für Schüler und Schülerinnen findet am Sonntag, dem 8. März, nachmittags 8^{1/4} Uhr, im Kolosseum ein Konzert statt, dessen Vorbereitung der Lehrer-Gesangverein in die Hand genommen hat. Rund 500 Schüler und Schülerinnen aus sämtlichen Volksschulen singen eine Reihe von Liedern, die auch allen Erwachsenen von der eigenen Schulzeit her ans Herz gewachsen sind. Die Wirkung, die von diesem Kindergefang ausgeht, ist von so eigenartlicher Kraft, daß sich kein Hörer des tiefen Eindrucks erwehren kann. Das Konzert ist als Volkskonzert gedacht. Demgemäß ist der Eintrittspreis auf 25 Pf. festgesetzt; nur für ca. 150 nummerierte Plätze wird ein Preis von 1 Mk. erhoben. Karten sind bei F. W. Raibel, Breitestraße 40, zu entnehmen. (Siehe auch Annonce.)

pb. Fahrerdiebstahl. Am 27. d. Mts., abends gegen 6^{1/2} Uhr, ist vor der Post an der Rakeburger Allee ein Fahrrad, Marke „Abler“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungs-Nummer 15686 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Verhaftet. Festgenommen wurde ein auswärtiger Arbeiter in Schlutup, der sich dort des Diebstahls an Wäsche und Kleidungsstücken schuldig gemacht hat.

pb. Eigentumsvergehen. Am Sonnabend, d. 24. d. Mts., ist aus einem an der großen Burgstraße gelegenen Hause ein dunkelgrauer Winterpaleot mit Sammetfalten, einer Reihe Knöpfe, graugestriceltem Futter und gelbgefütterten schrägen Taschen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Im Futter befindet sich das Monogramm W. K. — Am Sonntag, dem 25. d. Mts., ist einer Dame in einem hiesigen Kinetographen-Theater eine braune Pelzboa mit dunklen Streifen und 4 Schwänzen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: In der am Freitag stattgefundenen Erstaufführung der Oper „Eugen Onegin“ von Tschaikowsky sind die Hauptpartien mit den Damen Widbalm, Arkadij, von Neuenhof, sowie den Herren Langefeld, Viktor, Fabian besetzt. Die Inszenierung liegt in Händen des Oberregisseurs Meyer, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. — Es wird hiermit nochmals auf den heute Mittwochabend 8^{1/2} Uhr im Marmor-Saal des städtischen Saalbauwes stattfindenden einführenden Vortrag über die Oper „Eugen Onegin“ aufmerksam gemacht. Herr Langefeld wird dabei einige Piecen aus dem Werk zu Gehör bringen. Der Eintritt ist frei.

Stadthallen-Theater. Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt das Schauspiel „Die Anna-Liese“ von Persch zur nochmaligen Wiederholung.

Hamburg. Todessturz auf der Vulkanwerft. An Bord des bei der Vulkanwerft liegenden Dampfers „Solingen“ stürzte der Bootsmann Theodor Jaage in den Raum. Jaage, der einen Schädelbasisbruch erlitten hatte, wurde ins Hafens Krankenhaus transportiert, wo er gleich nach der Einlieferung starb. — Ein Kohlenheber im Hafen gekentert. Der vor einigen Jahren in Betrieb gesetzte Kohlenheber Nr. 1, ein vorn mit einem hohen weitausgelegten rüffelartigen Aufbau und hinten mit einer Betriebsmaschine versehenes Fahrzeug, das auf maschinellem Wege Kohlen aus dem Raum und in den Raum von Schiffen befördert, ist am Dienstag nachmittag durch eine heftige Südwest-Winde im Kohlenhafen mit der an Bord befindlichen Kohlenmenge von annähernd 650 Tons zum Kentern gebracht worden. Das schwere Fahrzeug, auf dem sich bei der Katastrophe drei Angehörige, der Heizer Widuch, der Koch Lederer und der Maschinist Lang befanden, liegt mit dem Boden nach oben. Lang glückte es beim umfallen des Hebers über Bord zu springen; er konnte dann von den Leuten eines Schleppdampfers geborgen werden. Der Heizer Widuch, der sich unter dem Fahrzeug befand, gab durch Klappen an die Bodenplatten zu erkennen, daß er noch am Leben sei. Schleunigst wurde von der Wlohm und Wöschchen Werft ein autogener Schneideapparat geholt, mit dessen Hilfe es gelang, im Loch in die Eisenplatten zu schneiden, durch das der Eingekesselte ans Tageslicht gezogen werden konnte. Der Mann hat nur geringe Verletzungen erlitten; er befindet sich im Hafens Krankenhaus. Von dem Koch Lederer fehlt noch jede Spur. Man weiß nicht, ob er gerettet oder von dem umfallenden Fahrzeug mit in die Tiefe gezogen worden ist.

Hamburg. Mordversuch aus verkehrter Liebe. Am Brackdamms spielte sich Montagabend eine blutige Tat ab, der beinahe ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen wäre. Ein Tischlergehilfe namens Karl Deser, geboren am 5. November 1881 zu Weihen, fehrte von seinem jetzigen Aufenthaltsort Charlottenburg nach Hamburg zurück und begab sich in eine Wirtschaft am Bullerdiech 2. Von dort aus ließ er seine frühere Braut, die 23-jährige Anna Thomas, die zurzeit bei Bekannten am Brackdamms 3 zu Besuch weilte, unter dem Vorwand, ihr Onkel wolle sie sprechen, ans Telefon rufen. Nachdem die Th. vergeblich am Telefon sich gemeldet hatte und die Wirtschaft wieder verließ, trat Deser plötzlich aus einem Versteck hervor. Nichts Gutes ahnend, ließ das junge Mädchen schnell nach dem Hause Brackdamms 3. Die Fliehende wurde jedoch im Treppenhause von D. eingeholt und um Wiederherstellung des früheren Verhältnisses gebeten. Als dieses abgelehnt wurde und die Widersprechende in ihre Wohnung eilen wollte, gab der Verführer aus einem sechsach geladenen Revolver vier Schüsse auf sie ab, von denen eine Kugel den Hinterkopf streifte und eine andere zwischen den Schulterblättern einbrang. Zwei Kugeln gingen fehl. Schmer verlegt wurde die Thomas ins St. Georger Krankenhaus geschafft. Deser, der von hinzueilenden Privatpersonen am weiteren Schicksal gehindert worden war, wurde unter großem Menschenauflauf nach der Polizeiwache transportiert. Aus der Vernehmung der Verletzten geht hervor, daß sie Deser als Geringerer ihrer Eltern in Berlin kennen gelernt und mit ihm verkehrt hat. Sie habe jedoch das Verhältnis sofort gelöst, als sie in Erfahrung brachte, D. sei verheiratet und lebe von seiner Frau getrennt. Er habe sie aber trotzdem noch mehrfach mit seinen Anträgen verfolgt. Deser dagegen behauptet, die Th. und ihre Mutter hätten gemußt, daß er verheiratet sei, sie hätten aber geglaubt, daß er sich von seiner Frau scheiden lassen

wolle. Die Verletzungen des jungen Mädchens haben als nicht lebensgefährlich erwiesen.

Kiel. Ein Zwanzig-Millionenetat in einer Tage durchberaten und erledigt. Das haben die Kieler Stadtkollegien in ihrer Sitzung am Montag fertig gebracht. In wenig mehr als acht Stunden hatte der reichlich 20 Millionen Mark umfassende Voranschlag für das kommende Geschäftsjahr seine Erledigung gefunden. Seit Menschengedenken ist so etwas hier in Kiel wohl nicht vorgekommen. Selbst von sozialdemokratischer Seite aber wurde anerkannt, daß bei der augenblicklichen schlechten Finanzlage der Stadt eine andere Abfassung nicht möglich war. Sehr bedauert wurde von den Arbeitervertretern, daß es nicht möglich ist, die Lage der unteren Beamten und der schlecht gestellten städtischen Arbeiter aufzubessern, nachdem im Vorjahre die Gehälter der Stadträte und der Beamtenklassen 1 bis 12 eine erhebliche Steigerung erfahren haben und auch das Gehalt für den künftigen Oberbürgermeister auf 25 000 Mk. hinaufgeschraubt worden sei. Weiter sei Kiel auch mit der sozialen Fürsorge für seine Arbeiter ins Hintertreffen geraten. Falls im Laufe des Jahres noch eine Aufbesserung eintrete, müsse es selbstverständlich sein, daß die Besoldungsverträge noch vor Ablauf des Jahres vorgelegt wird. Der Etat wurde schließlich en bloc genehmigt. — Beschlossen wurde auf den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin, eine Kommission zur Prüfung der Frage einer Arbeitslosenversicherung zu wählen. Nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters soll diese aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten bestehen. Abgelehnt wurde dagegen wiederum der Antrag auf Bewilligung von 2000 Mk. für die Anstellung eines Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen, ferner der Antrag, daß die städtischen Kollegien sich für die Aufhebung der Vorkursen an den höheren Schulen aussprechen usw.

Sonderburg. Drei Kinder erstickt. In Kiör waren Montagabend die drei Kinder des Viehhüters Gerick vom Gute Röhnhof im Alter von eins bis vier Jahren allein zu Hause, als Holz, das hinter dem Ofen lag, zu schmelzen begann. Durch den Rauch erstickten die drei Kinder.

Neuhans (Ost). Beim Spielen ertrunken. Dem dreijährigen Tochterchen des Arbeiters Haß fiel beim Spielen die Kugel in den Graben. Bei dem Versuch, sie wieder herauszuholen, stürzte auch das Kind ins Wasser und ertrank.

Westermünde. Selbstmord eines verhungerten Kriegsveteranen. Dem „Hann. Cour.“ wird von hier berichtet: Vor dem Kriegerdenkmal in Westermünde erschöpfte sich ein 63-jähriger Zimmergeselle, Veteran des Feldzugs 1870-71. Der Lebensmüde, der die Tat vermutlich aus Nahrungsjorgen beging, hinterläßt Frau und Kinder. Anscheinend handelt es sich hier um die Stimme oder erschütternde Demonstration eines der Krieger, die dem Vaterlande mit Gut und Blut zur Seite standen, deren sich aber das selbe Vaterland nicht oder doch nicht in einer Weise annimmt, daß sie mit ihren Familien vor den schwersten Entbehrungen bewahrt bleiben.

Kositz. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich vorgestern morgen auf dem Brackdamms. In einem von 2 Mann besetzten Wagen von H. Kussowitz riß während des Durchfahrens die Schottkette, die Pferde gingen infolgedessen durch, der Kutscher, namens Warnig, fiel vom Bock, ohne daß sein Gefährte ihn zurückhalten konnte, hielt sich noch eine Zeit an der Deichsel schleifend, stürzte dann aber so unglücklich ab, daß die Räder ihm direkt über den Kopf gingen. Als die Feuerwehr zur Rettung kam, war er schon dem furchtbaren Blutverlust erlegen. Der Mitfahrer wurde etwas später ebenfalls durch aus dem Wagen geschleudert, daß er unter die Räder geriet. Er erlitt einen Beinbruch und starke Abschürfungen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Rheinnige“, Lustspiel in 3 Akten von Stobiger. Daß der schöne, sagenumwobene Rhein, zumal wenn die Rebe grünt und lachender Sonnenschein die ruinengekrönten Höhen vergoldet, einen ganz eigenen Reiz besitzt, dem sich so leicht niemand zu entziehen vermag, wird wohl fast jeder empfunden haben, der einmal eine Rheintour machen konnte. Und auf ein dankbares Publikum darf derjenige rechnen, der in geschickter Weise die Vorliebe der Deutschen für den von Dichtern so viel bejungenen Strom für ein Bühnenwerk benutzt. Auch ein großer Teil des Auditoriums, welches gestern im Stadttheater der Erstaufführung der „Rheinnige“ beimohnte, konnte nicht oft genug betonen, wie „reizend“ dieses angebliche Lustspiel sei. Dennoch ist nach unserer Meinung „Die Rheinnige“ ein Stück, das nur auf den besonders beim zahlungsfähigen Publikum häufig zu beobachtenden Mangel an gutem Geschmack spekuliert. Eine Mischung von „Alt-Heidelberg“ und dem „Blinden Passagier“, mit eingestreuten Strophen aus bekannten Liedern, aber ohne Witz und Humor. Das letztere Manöuvre sucht Stobiger durch eine geistlose Verablung der Abfälligenbewegung wieder auszugleichen. Natürlich fand „Die Rheinnige“ gestern lebhaften Beifall. Ge spielt wurde von den mitwirkenden Künstlern mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre. Auch die Inszenierung war recht geschickt. P. L.

Oldenburger Landtag.

h. Die Schaffung eines selbständigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Fürstentum Lübeck ist ein Bedürfnis, das sich schon oft fühlbar gemacht hat. Jetzt werden alle Bekanntmachungen der Regierung und der Behörden im „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck“ veröffentlicht, einem Lokalblatt mit politischer Tendenz, und wer sich über die Bekanntmachungen auf dem laufenden halten will, muß jenes Blatt abonnieren. Daß das zu allerlei Unzuträglichkeiten führt, braucht nicht näher begründet werden. Die Bekanntmachungen werden vom dem Verlag jenes Blattes zwar unentgeltlich aufgenommen, aber durch das Druckfachenmonopol, das der Verlag für alle Druckfachen und Formulare der Regierung genießt, wird er indirekt für die Aufnahme der Bekanntmachungen entschädigt.

Jetzt liegen dem Landtag zwei Petitionen vor, eine von dem Buchdrucker Stegemann-Malente, die zweite von Hermann Ahrensböck, die den obigen Gegenstand behandeln.

Ohne uns im einzelnen mit dem Inhalt der Petitionen identifizieren zu wollen, müssen wir doch sagen, daß die Schaffung eines selbständigen Gesetz- und Verordnungsblattes eine Notwendigkeit ist. Für das Fürstentum Oldenburg besteht ein solches Blatt, auch für das Fürstentum Birkenfeld, so daß wohl zu erwarten steht, der Landtag wird sich auch für Schaffung eines solchen Blattes für das Fürstentum Lübeck aussprechen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

V. u. A.

Heute abend.

Maifeier - Komitee.

Freitag abend 8 1/2 Uhr:
Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Ein leeres Zimmer zum 1. April
zu vermieten
Sadomastraße 28, II.

Ein großes leeres Zimmer mit
Lebensgefäß zum 1. April zu ver-
mieten In der Mauer 142a.

Zu vermieten ein möbliertes
Parierzimmer
Möckelmaer Allee 50b, I.

Zum 1. April ein freundliches
zweites Vorzimmer zu vermieten.
Näheres Reiferstr. 30a, pt.

Zum 1. April eine Wohnung
mit Einfahrt und Stallung vor
ein Hofstentor zu vermieten oder
als Haus zu verkaufen. Näheres
Untertrave 37.

Flotte saubere D.-Maschinenzüge
u. verm. v. 3 Mk. Westhofstr. 1. I.

Herren- und Damen-Maschinen-
züge (Marine) billig zu verm.
Waisenhofstraße 13a, II.

Maschinenzug (Bierländerin), ele-
gant, billig zu verkaufen oder zu
vermieten Hundstraße 37-39.

Johannisbeer-, Stachelbeer- u.
Himbeersträucher zu kaufen gesucht.
Angebote unter B 20 an die Exp.

Zu verkaufen ein Haus mit drei
Wohnungen, Platz f. Einfahrt u. 2
Bauern eines Stalles od. Werkstätte,
samt f. Geschäft od. Handelshaus.
Näh. Habensbusch-Stockelsdorf,
Segeberger Straße 95.

Ein starkes zweirad. Wagenmodell
Nr. 3 Mk. zu verkaufen. Der Rast.
Ht. Vorbeckstraße 5a.

Fast neues Konf.-Gesangbuch
billig zu verkaufen.

Karpfenstraße 28a.

Unterh. Sitz- u. Liegewagen
zu verkaufen.

Blanchstraße 20a, pt. rechts.

Schneiderin empfiehlt sich.

Kottwitzstraße 49, pt.

Verloren am Freitag abend vor
Boche eine Damenuhr v. Bahnhof
is zur Waisenhofstr. Abzugeben
gegen Belohn. Waisenhofstr. 21a, v.

Billiger Hausstand!

Stühle, 4 Stühle, Ausziehtisch,
dies Versto, Spiegel m. Konsole,
- 2 Bettstellen mit Sprungfedern-
matratzen, 2 Tür. Kleiderschr., Wasch-
sch. - Küchensch. mit Aufz., Tisch,
Stühle, Handtuchbord, zus. 375 Mk.
Nr. Burgstraße 30, pt., Kugel.

Bülcks Misch-Kaffee

Seit 15 Jahren großer Erfolg.
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg.,
in 1/2 und 1/4 Pfd., fertig zum
Gebrauch.

Mein Misch-Kaffee zu 120 Pfg.

schmeckt bedeutend besser
wie Bohnenkaffee zu 140 Pfg.

Postpaket franco.

H. Bülck

Breite Straße 54. Fernspr. 149.

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinal-
rats vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nach-
schlags- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Sämereien-Niederlage der Firma

Ernst & v. Spreckelsen, Hamburg:

M. Lorenz-Drogerie Carl Schmidt, Lindenstr. 37a, Ecke
Hansastraße 92, Ecke Töpferweg. Telephon 498.

Bungeher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von

Plakaten

Broschüren

Flugblättern

Statuten

Mitgliedskarten

Eintrittskarten

Programmen

Festliedern.

Herstellung sämtlicher

== Buchdruckarbeiten ==

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Arbeiter-Bildungsverein.

General-Versammlung

am Donnerstag, 28. Febr. 1912

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Abrechnung.

3. Wahlen.

4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Gasthof Genin.

am Sonntag, den 3. März:

BALL

der Freiwilligen Feuerwehr Genin

im Lokale des Kameraden

G. Behensee daselbst.

Zentral-Hallen

Dankwartstraße 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.

Ende 12 Uhr.

Ahrbergs
Hannoversches
Wurst-Schmalz

a Pfund 50 Pfg.

bei 10 Pfund 45 Pfg.

Königstraße

93.

Pasteurisierte Milch
Ohne Preisaufschlag
Erspart das Kochen

weil in geeigneten Apparaten unter Dampfdruck behandelt.
Daher kein Kochgeschmack. Wir empfehlen diese Milch zur Ver-
sicherung unserer werten Abnehmer mit Rücksicht auf die Ver-
öffentlichungen des Medizinalrates und ist bei ausdrücklicher
Bestellung diese Milch sowohl in Flaschen als auch lose zu haben.

Ohne Preiserhöhung.
HANSA-MEIHEREI.

St.-Gertrud-Liedertafel.

Großes Kappenfest

verbunden mit Ball und Gesangsvorträgen

am Sonntag, dem 3. März 1912

im Lokale Neu-Lauerhof.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame re.

Kappen sind im Lokal zu haben.

Der Vorstand.

Kalnbergs
UNIVERSUM.

Treffpunkt aller
fröhlichen Menschen!

Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

Entrée 20 Pfg.

Hansa-Theater

Dir.: Reinh. Gollbach.

Tel. 610. Tel. 610.

Donnerstag, 29. Febr. 1912

abends 8 1/2 Uhr:

Abschieds-Vorst.

Harry Walden

Der

Herzog v. Westminster

Vorher:

Red und Beet. Ihen Obed.

4 Liviers.

Vorverkauf bei Sager u. Nie-

meyer, Zigarren-Geschäfte.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 29. Februar. 7 1/2 Uhr.

Voll-Ab. 130. Donnerstag-Ab. 24

Der Maskenball.

Große Oper von G. Verdi.

Freitag, den 1. März. 7 1/2 Uhr.

Voll-Ab. 140. Freitag-Ab. 23

Erstaufführung! Neu!

Eugen Onegin.

Oper von B. Tschajkovsky.

Sonntag, den 3. März. 7 Uhr.

Der Rosenkavalier.

Oper von Richard Strauß.

Vorläufige Anzeige!

Zweimaliges Gastspiel des Kgl.

Bahr. Kammerjägers

Heinrich Knot

von der Kgl. Hofoper München.

Sonabend, den 9. März:

Siegfried.

Musikdrama von Rich. Wagner.

„Siegfried“ Heinrich Knot a. G.

Montag, den 11. März.

Die Meistersinger v. Nürnberg.

Oper von Rich. Wagner.

„Stolzina“ Heinrich Knot a. G.

Stadthallentheater.

Freitag, den 1. März. 8 Uhr

Die Anna-Lise.

Schauspiel von Heinr. Gerth.

Vorverkauf täglich in den besetzten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rob. Rohlfmarkt 13.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 27. Februar 1912.

14. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Deibück.

Ein schleuniger Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung eines schwebenden Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Liebschütz (SD.) für die Dauer der Session wird angenommen.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

Dr. von Liszt (FV.): Unter den Skulpturenparaphen fällt das Bringen eines minderjährigen Mädchens in ein Bordell, dagegen ist das Anwerben eines minderjährigen Mädchens für ein Bordell strafbar. Das ist eine bedauerliche Lücke in unserem Strafrecht. Artikel 1 der Konvention erklärt dieses Anwerben für strafbar und das Deutsche Reich ist daher verpflichtet, diesen Tatbestand ebenfalls unter Strafe zu stellen.

Ministerialdirektor Krieger bestreitet diese Lücke. Das Anwerben für ein Bordell sei jetzt schon strafbar. Sollte die Praxis anders entscheiden, so wird die Lücke aufgefüllt werden.

Das Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels wird in dritter Lesung debattelos angenommen; ebenso die Verlängerung des Handels- und Schiffsvertrages mit der Türkei.

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

von Liebert (AP.): Wir müssen dafür sorgen, daß die Deutschen im Auslande ihr Deutschtum und ihre deutsche Sprache nicht verlieren. Die Bestimmung, daß Ausländer nicht aufgenommen werden, wenn ein Bundesstaat widerspricht, erscheint mir selbstverständlich; ebenso das Erfordernis der Unbescholtenheit. (Bravo rechts.)

Herzog (WV.) ist mit dem Entwurf einverstanden und sehr zufrieden damit, daß Kautelen geschaffen sind, um mißliebige Ausländer fernzubehalten. (Bravo bei den Antisemiten.)

Hansen (Däne): Ein Reichsverwaltungsgericht ist dringend notwendig, um strittige Fragen über die Staatsangehörigkeit einheitlich und endgültig zu entscheiden. Bei uns gibt es Hunderte von Personen, die von den Verwaltungsbehörden als Preusse bezeichnet, aber trotzdem fortwährend als Ausländer behandelt werden. (Hört, hört!) Selbst Leute, die 1870/71 als deutsche Soldaten gekämpft und deren Söhne in der deutschen Heere gedient haben, sind nachträglich mit Kindern und Enkeln aus dem deutschen Staatsverband ausgeschlossen worden. (Hört, hört!) Es sollte festgelegt werden, daß man durch Geburt in einem deutschen Bundesstaat die Staatsangehörigkeit ohne weiteres erwirbt. (Bravo links.)

Dr. Landsberg (SD.): Einer der Redner hat die Bestimmung, daß die Staatsangehörigkeit durch zehnjährige Abwesenheit im Auslande verloren wird, diese Bestimmung, die jetzt ausgemergelt werden soll, mit Recht einen schweren Irrtum genannt. Es ist nur zu bedauern, daß es 42 Jahre gedauert hat, diesen Irrtum loszuwerden, und das gibt Veranlassung zu wehmütigen Betrachtungen über die Langsamkeit der Gesetzgebung und zu Variationen über das Dichterswort: Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. In einer Zeitung las ich, diese Bestimmung habe den Deutschen Millionen von Kräften entzogen. Das ist eine kolossale Übertreibung. Der Verlust des Staatsbürgerrechts durch zehnjährige Abwesenheit brachte schweres Ungemach über diejenigen, die sich länger als 10 Jahre im Auslande aufhielten und dann zurückkehrten. Aber daran, daß Millionen von Deutschen, die nicht nach Deutschland zurückkehrten, ihr Deutschtum aufgegeben haben, ist diese Bestimmung nicht schuldig. Werfen wir doch einen Blick nach Böhmen. Ne deundher

ein Name ist, desto tschechischer ist die Bestimmung des Trägers. Heißt einer Herold, so ist er sicher tschechisch gekleidet, und ist einer ein ganz nationaler Tscheche, so heißt er Freisl. (Weiterkeit). Das beste Mittel, der deutschen Nation Kräfte zu erhalten, ist, daß man keinen zur Auswanderung veranlaßt (Sehr richtig! b. d. Soz.), daß man innere Kolonisation treibt und freiheitliche innerpolitische Zustände herstellt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Alle Redner waren darin einig, daß derjenige, der in Deutschland gebürtig hat, ohne Deutscher zu sein, damit ohne weiteres das Staatsbürgerrecht erwerben soll. Es ist auch ein bedrückender Gedanke, daß jemand, der für Deutschland gebürtig hat oder bereit war, sein Blut für Deutschland zu vergießen, ausgewiesen werden darf, ohne daß er ein Rechtsmittel dagegen hat. Der Entwurf will mit dem Verlust des Staatsbürgerrechts denjenigen bestrafen, der sich dem Dienst im Heere entzieht. Sicherlich gibt es Fälle, wo das angebracht ist. Aber die Fälle von Selbstverleumdung, um sich für den Heeresdienst unfähig zu machen, sind doch wohl ebenso schwer, und noch schlimmer sind die Fälle von Landesverrat, an die der Verlust des Staatsbürgerrechts nicht geknüpft ist. Es gibt doch auch Fälle von Verletzung der Heerespflicht, die keineswegs schwer gelagert sind. Die meisten Personen, welche vor Erfüllung ihrer Dienstpflicht auswandern, wollen sich dadurch nicht etwa der Heerespflicht entziehen, sondern wandern aus wirtschaftlichen Gründen aus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es klingt ja sehr schön, wenn man sagt, wer dem Vaterland seine Kraft zur Verteidigung nicht zur Verfügung stellt, hat auch keinen Anspruch auf den Schutz des Reiches. Im § 22 des Entwurfs ist aber gar nicht davon die Rede, daß sich jemand der Heerespflicht entzogen hat, sondern derjenige, der bis zu einem bestimmten Zeitpunkt keine endgültige Entscheidung über seine Dienstpflicht herbeigeführt hat, soll das Staatsbürgerrecht verlieren. Also auch der Krüppel, der es unterlassen hat, sich zur Verfügung zu stellen, der einen rein formalen Verlust begangen hat, soll dadurch das Staatsbürgerrecht verlieren, und ebenso auch seine Frau und Kinder. Das geht doch entschieden zu weit. Dieser Verlust dürfte nicht ohne weiteres eintreten, sondern nur nach Feststellung des Tatbestandes durch den Ausschuss einer Verwaltungsbehörde, und gegen deren Bestimmung muß Einspruch eingelegt werden können bei einem Reichsverwaltungsgericht, um dessen Entscheidung wir nicht herunkommen werden. Man wird einwenden, daß jeder, der ohne Verschulden sein Staatsbürgerrecht wegen Verletzung der Wehrpflicht verloren hat, das Recht habe, seine Aufnahme in den Staatsverband zu beantragen. Was heißt aber ohne Verschulden. Ein Verstoß gegen die Wehrpflicht ist schon dann vor, wenn jemand gelaugt hat, als Krüppel brauche er sich gar nicht erst der Militärbehörde zu stellen. Die Motive sagen, dem deutschen Volke sollten nach Möglichkeit Kräfte erhalten werden. Abermüßig galant ist die Reichsregierung nicht (Weiterkeit), denn dem Vaterlande die Frauen zu erhalten, darauf legt sie offenbar keinen Wert. Nach wie vor soll die Frau durch Heirat das deutsche Staatsbürgerrecht erwerben und durch Heirat mit einem Ausländer verlieren. Das ist ein Recht der alten Geschlechtsvormundschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Lippe wurde bis 1870 der Ausländer durch Heirat mit einer Lipperin Staatsbürger von Lippe und bei der Schönheit der Lipperinnen ist es nur verwunderlich, daß Lippe durch diese Bestimmung nicht zum Großstaat geworden ist. (Weiterkeit). Die Vorlage stellt sich auf einen anderen Standpunkt. Wenn sie bestimmen würde, daß eine Frau, die einen Andersaläubigen heiratet, ihre Religion verliert und die des Mannes erwirbt, so würde man solche Bestimmungen mit Recht barbarisch nennen. Aber was von der Religion gilt, muß auch von der Vaterlandsliebe gelten. Daß ein Deutscher erst auf seinen Antrag Angehöriger eines Bundesstaates wird, ist eine ungerechtfertigte Formalität. Es würde den Reichsgedanken wesentlich fördern, wenn durch den Zugang von einem Staat in den anderen das Staatsbürgerrecht in diesem neuen Staat ohne weiteres begründet würde. Die Regel wird ja immer sein, daß der Zuziehende

in dem neuen Staat das Bürgerrecht erwerben will, um nicht von den politischen Rechten ausgeschlossen zu bleiben. — Abg. Spahn hat gegenüber meinem Freunde Liebschütz geltend gemacht, daß für die Naturalisation der Ausländer die Verbürgung der Gegenseitigkeit Voraussetzung sein müsse. Das wäre aber nur nötig, wenn Deutschland durch diese Naturalisation ein Opfer bringen müßte. Es wird aber doch keinem deutschen Staat zugemutet, Kreutz und Bleistift aufzunehmen. Nur gelöst und körperlich durchaus tüchtige Ausländer können Anspruch auf Naturalisation haben. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wenden sich gegen den Import ausländischer Arbeiter, die durch einen Kontrakt zu Sklaven gemacht sind. Den freien Arbeiter aber suchen sie zum Kampfgesossen zu machen. (Sehr richtig bei den Soz.) Es ist falsch, daß im Gegensatz zu anderen Ländern in Deutschland ein Mißtrauen gegen die Aufnahme von Ausländern vorherrscht, und daß jeder Bundesstaat sich da einmischen kann. Der bestehende Zustand war doch mit den Interessen des Reiches durchaus verträglich, warum also am Bestehenden rühren? Bei der Verhandlung des mecklenburgischen Verfassungsantrages wird man wieder nicht in die Verhältnisse der Einzelstaaten eingreifen wollen. Hier aber will man die preussische Praxis in ganz Deutschland einführen, darum werden wir auf das entschiedenste gegen die Bestimmung Stellung nehmen. Bei den Ausführungen des Abg. Hansen habe ich mich geradezu geschämt. Wir ergreifen in Preußen gegen die Dänen solche barbarischen Maßnahmen, während England den kriegerisch unterworfenen Büren schon nach wenigen Jahren volle Selbständigkeit gegeben hat. Auf jeden Fall sollten ehemalige Deutsche in der Heimat ihre Staatsangehörigkeit wiederbekommen. Auch in Deutschland geborene Abstammung von Ausländern sollten ohne weiteres auf ihren Antrag das deutsche Bürgerrecht erhalten, ebenso Leute, die infolge der ehemaligen Kleinstaaterei dieses Recht verloren haben. Ich schließe mit dem Wunsch, daß der Entwurf in der Kommission eine Gestalt annehmen möge, die es uns gestattet, ihm zuzustimmen. (Bravo bei den Soz.)

von Krieger (WV.) ist mit der Tendenz des Entwurfs einverstanden. Eine Frau, die einen Ausländer heiratet, soll aber nicht ihre Staatsangehörigkeit behalten, ebenso wer keine Heerespflicht nicht erfüllt. Die Erleichterungen sind nicht ausreichend. Auch wer sich in europäischen Ländern aufhält, sollte sein Bürgerrecht behalten können. Beim Wiedererwerb der verlorenen Staatsangehörigkeit sollte man ebenfalls über den Entwurf hinausgehen. In Deutschland geborene und lebende Ausländer sollten ohne weiteres Deutsche werden können, aber ein Übermaß an Takt bei unserer Polizei gegenüber Ausländern kann man nicht klagen. (Sehr richtig! links.) Aber die vom Abg. Hansen angeführten Fälle fordern wir Aufklärung. Einverstanden bin ich mit der Forderung der Zustimmung der anderen Bundesstaaten bei der Aufnahme eines Ausländers, es dürfte aber stillschweigende Zustimmung genügen. Konfessionelle Gründe zur Ablehnung müssen im Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen werden. (Sehr richtig! links.) Im ganzen sehen wir in dem Entwurf ein großes nationales Wert.

Sevda (Vole) fordert Kommissionsberatung. Die Diskussion wird geschlossen, der Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Entwurf eines Schutztruppengesetzes. Kolonialstaatssekretär Dr. Solz: Es handelt sich darum, einen eigenen Beurlaubtenstand mit Kontrollverpflichtungen für Südwestafrika zu schaffen und auch für Kamerun und Ostafrika dem Gouverneur eine größere Kontrolle über die wehrhaften Mannschaften zu ermöglichen. Aus dem neuen Beurlaubtenstande soll eine notwendige Reserve gebildet werden. Ich empfehle den Entwurf zur Annahme.

Roßke (SD.): Der Reichstag hat wiederholt ein Schutztruppengesetz gefordert, doch entspricht der vorliegende Entwurf keineswegs den Wünschen des Reichstages. Unsere

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Von seinen Angehörigen besah niemand eine Kenntnis von der wahren Sachlage. Zwar sahen sie alle, daß der alte Herr in den letzten Monaten sichtlich gealtert war; sein Haar war fast ganz weiß geworden, und tiefe Sorgenfalten hatten sich in sein Gesicht gegraben; auch hatten ihnen ja die aufregenden Vorgänge in der Fabrik nicht verborgen bleiben können. Daß die Sorgen aber, die den Inhaber der Firma bedrückten, sehr schwerwiegend waren, daß die Firma nahe am Ruin war, davon ahnten nicht einmal die nächsten Familienmitglieder das geringste.

Helene erschrickt nicht wenig, als ihr Vater eines Nachmittags bei ihr erschien. Sie hatte ihn nur einige wenige Tage nicht gesehen. Aber was hatte die Zwischenzeit aus ihm gemacht! Seine Schulten waren vornübergebeugt, sein Haar hing ihm schlohweiß und wirr in die Stirn. Seine Augen blickten trüb, wie erloschen, und ein ergreifendes, unendlich trauriges, bitteres Lächeln zuckte um seine Mundwinkel, als sie ihm mit einem entsetzten; „Um Gottes willen, wie siehst Du aus, Papa!“ entgegenkam.

Erstarrt zog sie ihn neben sich auf das Sofa.

„Bist Du nicht wohl, Papa?“

„Sorgen, mein Kind, Geschäftssorgen. Ich komme, um mit Deinem Mann zu sprechen. Er muß mir helfen, sonst — sonst muß ich auf meine alten Tage den Konkurs anmelden.“

Die junge Frau starrte ihren Vater ungläubig an. Konkurs! Als Kaufmannskind kannte sie die volle Bedeutung dieses schrecklichen Wortes gar wohl. Sie wußte, daß das im Leben eines ehrenhaften Geschäftsmannes das Furchtbarste, Entsetzlichste war. Der Konkurs, das war der Ruin, die Schande. Sie kannte ihren Vater gut genug, um zu wissen, daß er daran nicht nur geschäftlich, sondern auch leiblich und körperlich zugrunde gehen mußte.

Sie konnte es gar nicht fassen. Wie war denn das Unbevorzugte, Unglaubliche so plötzlich gekommen?

„Er erklärte ich mit kurzen Worten alles und gab ihr einen offenen Einblick in seine verzweifelte Lage. Sie erschrak bis ins Innerste ihres Herzens. Ihre Bewegung, ihr Mitleid, ihr Schmerz bei dem Anblick des gebrochenen alten Mannes zog sie in die Knie vor ihm nieder. Sie streichelte ihm die eingefallenen bleichen Wangen, küßte seine Hände und gab ihm die zärtlichsten Namen. Die Liebe und

Berechnung, die sie immer für ihren Vater im Herzen getragen, quoll heiß in ihr empor.

„Grüme Dich nicht, liebes Väterchen!“ schmeichelte sie. „Es wird ja alles wieder gut werden. Warum hast Du's uns nicht längst anvertraut? Runo wird Dir helfen, mit Kreuzen wie er Dir helfen. Keine Minute sollst Du länger in Sorge sein.“

Sie sprang lebhaft auf. Alle Empfindungen in ihr drängten danach, ihrem Vater zu helfen, die Sorge und Angst von ihm zu nehmen. „Ich hole ihn. Warte nur, Väterchen, im Augenblick bin ich wieder da.“

„Mit Dein Mann zu Hause?“ fragte Herr Schüler seine Tochter, halb Hoffnungsfreudigkeit, halb Bangen und Beklommenheit in der Stimme.

„Er schläft. Aber ich wecke ihn.“

Der alte Herr machte eine Bewegung, um seine Tochter zurückzubalten, aber Helene war schon hinter der Tür verschwunden.

Runo Richard fuhr ärgerlich und unwirsch auf, als er sich haltig am Arm gerüttelt fühlte.

„Zum Teufel, was gibst du denn?“

„Papa ist da,“ stieß Helene, die die Sorge um ihren Vater ganz die Scheu vor dem Zorn ihres gestrengen Vaters und Gebieters vergesen ließ, aufgeregt hervor.

„Na, dann hättest Du ihn doch vorläufig unterhalten sollen. Wenn ich müde und abgesehen vom Amt nach Hause komme, habe ich doch wohl Anspruch auf mein Nachmittags-schlafchen.“

In Helenes Miene zuckte die starke Gemütsbewegung, in die sie die überraschenden schmerzlichen Mitteilungen ihres Vaters versetzt hatten.

„Es ist sehr eilig. Papa hat Dich ganz dringend zu sprechen.“

„So?“ Der Assessor reckte sich gähmend, noch immer ärgerlich über die Störung. „Was gibst denn so Wichtiges, daß Du mich deshalb so rücksichtslos aus meinem Schlummer löst?“

„Geschäftssorgen!“ sprudelte Helene hervor, ganz erfüllt von dem, was ihr der Vater anvertraut hatte. „Papa hat große Zahlungen zu leisten. Er ist in großer Verlegenheit. Du mußt ihm helfen, Runo.“

Der Assessor war mit einemmal ganz munter geworden. Er riß seine Augen weit auf und sah die ihm mit erdigstem Gesicht und feuchten Augen Gegenüberstehende erstaunt, ungläubig an.

„Soll das ein Scherz sein, oder —“

„Aber, Runo,“ fiel die junge Frau eifrig ein, ihren Mann am Arm fassend und sanft vorwärtsdrängend, „wie

kannst Du denken? Pappas Lage ist bitter ernst, er braucht dringend Geld, um Wechsel einzulösen.“

Runo Richard ließ ein rauhes Aufschauen hören.

„Und da wendest er sich an mich? Bin ich denn —“

Er brach ab; offenbar hielt er es für überflüssig, mit seiner Frau weiter über diese geschäftlichen Dinge zu sprechen. Vor den Spiegel tretend, strich er flüchtig das Haar glatt, warf den Schlafrock ab und zog einen Rock an und folgte dann Helene, die, ihm vorauseilend, in das Wohnzimmer zurückkehrte, in dem ihr Vater in banger Erwartung seines Schwiegersohnes harrete. Bei dem Anblick des gebrochenen, gebeugten Greises stutzte der Assessor einen Augenblick, darauf reichte er ihm kühl und lässig die Hand. Jetzt warf er einen unwilligen Blick auf seine Frau, die in ein leises Weinen ausgebrochen war, und winkte ihr herrisch, das Zimmer zu verlassen. Sie gehorchte mechanisch; ihre Angst aber ließ ihr keine Ruhe mehr, und so blieb sie im Nebenraum auf der Schwelle stehen und presste ihr Ohr an die Tür. Sie hörte, wie ihr Vater das Wort nahm mit tonloser, leiser, zum Teil flüsternder Stimme. Was er sagte, konnte sie nicht verstehen. Doch jetzt erklang die Stimme ihres Mannes — laut, scharf, jede Silbe klar, verständlich: „Ich bedaure, ich kann Ihnen nicht helfen.“

Und nun wieder der alte Herr, müde, schleppenden Tons, absolut unverstänlich. Dazwischen Unterbrechungen und Ausrufe des Assessors: „Wie! Kein Risiko? Bei geschäftlichen Unternehmungen ist immer Risiko — Wie? Ihre Bücher einsehen? Verstehst du davon nichts, gar nichts! Dabe auch keine Zeit dazu. — Warum wenden Sie sich nicht an ihre Geschäftsfreunde? — Nein, das geht gegen mein Prinzip. An Helensens Mitgift rühre ich nicht. Darf ich nicht! Darf ich nicht! Wäre ja unverantwortlich leichtsinnig von mir. Wovon sollte ich nachher mit meiner Familie leben, wenn's schief ginge? Nein, können Sie nicht verlangen. Jeder ist sich selbst der Nächste. Bedauere. Wie gesagt, laß mich prinzipiell auf so faule Geschichten nicht ein.“

Der Laufenden klopfte das Herz zum Zerplatzen. Flammande Empörung durchrüttelte sie. Wie war es nur möglich? Rührte ihn denn der Anblick des gebeugten jammervollen Greises nicht? Warum stellte er ihm nicht sofort alles, was er hatte, bedingungslos zur Verfügung, anstatt ihn mit falschen Worten abzupfeifen? War es denn überhaupt denkbar, daß Runo solchem Jammer gegenüber ungerührt, kaltblütig bleiben konnte? Hatte er denn gar keinen Funken von Gefühl mehr in sich!

(Fortsetzung folgt.)

amtlichen Stellen können sich eben schwer von alten Schablonen frei machen. Aber Einzelheiten wird noch in der Kommission zu reden sein. Mit dem Grundgedanken aber, der Ausnutzung der Wehrkraft, können meine Parteifreunde sich einverstanden erklären, er wird mit der Zeit eine Verminderung der Ausgaben für militärische Zwecke bringen. Wer nach den Kolonien geht, um in kurzer Zeit reich zu werden, soll gefälligst selbst seine Haut zu Markte tragen. Deshalb haben wir gegen die Ausbeutung des Landsturms nichts einzuwenden, ebenso gegen die Ableistung der Übungen in den Kolonien, sofern es sich um Kolonisten handelt. Aus Deutschland sollen zu diesem Zwecke Leute nicht nach den Kolonien gehen können. Die Regelung der militärischen Verwaltung in Süd-West-Afrika stellt eine Übertragung des preussischen Systems auf die Kolonie dar. Es wird nichts Gutes dabei herauskommen. In der Budgetkommission forderten wir eine weitere Verringerung des Zuschusses für Süd-West-Afrika; im Etat von 1912 erscheint er aber wieder mit 14 1/2 Millionen Mark militärischen Ausgaben. Mit der Verringerung um 2 Millionen im Etatsentwurf können wir uns nicht zufrieden geben. Durch ein paar Millionen für Eisenbahnbauten sollte für später gespart werden. Die ganze Ersparnis an Mannschaften läuft aber nur auf 209 Köpfe hinaus. Britisch-Betschuanaland ist etwa ebenso groß wie Süd-West-Afrika und hat mehr Weibse; der Etat für dieses Land beträgt aber nur 68 000 Pfund, wenig mehr als 1/4 Millionen Mark. (Hört, hört!) bei den Soz.) Neben der Schutztruppe haben wir noch mehrere hundert Mann Polizei. Die Schutztruppe dient gleichfalls als Polizei, nämlich um die eingeborene Bevölkerung niederzuhalten. Wir geben über 10 Millionen Mark für Militär neben den hohen Polizei-Kosten aus, um 81 785 Eingeborene im Zaum zu halten. Nach der schwachpollen trophischen Ausrottungspolitik gibt es in Süd-West-Afrika höchstens 20 000, mit wenigen Ausnahmen, unbewaffnete Männer. Da müßte doch ein einfaches Polizeikorps genügen. (Zustimmung bei den Soz.) Durch Einrichtung einer Miliz müßte man eine ziemlich respektable Wehrmacht auf die Beine bringen können, die auch stets verwendungsbereit wäre, wenn man den Mannschaften Munition und Gewehr dauernd zur Verfügung stellte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Entwurf beweist, daß die Regierung sich von der alten Schablone nicht losmachen kann, sonst hätte man nicht versuchen, den ganzen deutschen Militarismus mit allem Drum und Dran in Süd-West-Afrika bodenkändig zu machen. Selbst das Militärstrafrecht, das bei uns schon so revisionsbedürftig ist, soll auf die Schutzgebiete übertragen werden; das muß ja auf die ziemlich frei aufwachsenden Farmeröhne geradezu aufreizend wirken, und die Neigung zur Bildung eines südwestafrikanischen Staatenbundes wird immer größer werden. Wir beantragen die Überweisung des Entwurfes an die Budgetkommission, die ihn allerdings wesentlich umarbeiten muß. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Erzberger (Ztr.): So harmlos, wie es der Staatssekretär hinstellte, ist der Entwurf keineswegs, es liegen in ihm eine Menge Fingerringe. In der Kommission wird zu prüfen sein, ob das Miliz-System in Süd-West-Afrika durchzuführen ist, für ausgeschlossen halte ich es nicht. Der Entwurf bedarf noch sehr wesentlicher Umgestaltung, namentlich in bezug auf die Dinge, die durch kaiserliche Verordnung zu regeln sind. Klargestellt muß auch werden, daß der einzig Verantwortliche in den Kolonien der Gouverneur ist, dem auch der Kommandant der Schutztruppe zu unterstehen hat. Unser heimisches Militärstrafrecht darf keineswegs auf die Kolonien übertragen werden.

Götting (Nz.): Wir begrüßen den Grundgedanken des Entwurfs, der die Kolonien wehrhaft machen soll. Demgegenüber können die Kosten nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Bei der Verringerung der Schutztruppe müssen wir sehr vorsichtig vorgehen, denn es stehen zahllose Menschenleben und viele Millionen auf dem Spiele. (Sehr richtig! bei den Natlib.)

v. Böhlendorff-Kölpin (Konj.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu dem Entwurf.

Dove (Wp.): Die staatsrechtlichen Bestimmungen des Entwurfs sind vielfach unklar. So muß der nebelhafte Begriff der Kommandogewalt klargestellt werden. Der Hauptvorteil des Gesetzes ist, daß es eine Rechtsgrundlage für die Verhältnisse in den Kolonien zu schaffen unternimmt. Freilich ist das nur scheinhaft geschehen und muß weiter ausgebaut werden.

Lieber (Reichsp.) erklärte sich mit der Vorlage einverstanden, da sie für Südwest-Afrika geradezu heimische Verhältnisse schafft, Ertragbezirke, Reserve, Landwehr, Landsturm.

Staatssekretär des Kolonialamts Dr. Solf konstatiert mit Genehmigung, daß jetzt alle Redner mit dem Grundgedanken des Entwurfes sich einverstanden erklärt haben. Den gegebenen Anregungen werde die Regierung nach Möglichkeit Rechnung tragen. (Bravo.)

Damit schließt die Debatte, der Entwurf wird der Budgetkommission überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Staatsberatung, vorher Rechnungssachen.)
Schluß 6 1/4 Uhr.

Die Ursachen der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Bei der Bedeutung, den die Kohलगewinnung des Ruhrgebietes für das deutsche Wirtschaftsleben, ja für den gesamten Weltmarkt hat, ist die Frage, ob es zum Streit kommen wird, oder nicht, von allgemeinem großem Interesse. Im Jahre 1910 wurden in Deutschland gefördert: 152 881 608 Tonnen Steinkohlen; davon allein im Ruhrgebiet 86 865 000 Tonnen im Werte von 849 104 000 Mk. Diese Zahlen lassen die Bedeutung des Ruhrgebietes auf dem Kohlenmarkte erkennen. Niemand wird wünschen, daß hier ein Störung des Wirtschaftslebens vorkommt, wenn sie aber dennoch vorkommt, dann ist es nicht die Schuld der „aufgehängten“ Arbeitermassen oder der hezigen Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten. Die Gründe hierfür liegen tiefer. Seit Jahren hat sich hier schon ein unerträglich Groll angehäuft.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 wurden gesetzliche Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die das Bergarbeiterlos mildern sollten. Doch es geschah nicht viel. Wohl kamen 29 Landtagsabgeordnete, also 29 „Auserwählte des preussischen Volkes“, ins Ruhrgebiet, um die Beschwerden der Bergarbeiter an Ort und Stelle zu prüfen. Nach zwei Tagen, mit einem Bild „Zur Erinnerung an ihr Bergmannsleben“, beladen, dampften die Volksvertreter wieder ab. Sie hatten die Erkenntnis gewonnen, daß es ein Landarbeiter schwerer habe, als ein weisfälliger Bergmann. Diesen Leuten war die Regierungsvorlage zur Abänderung des preussischen Berggesetzes anerkannt. Das wenig Gute, das die Regierungsvorlage bot, wurde von ihnen vernichtet. Die Regierung unterwarf sich dem Wackelwort der hohen Herren. Die Scharfmacher höhnten in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

„Ob jetzt die Regierung die Vorlage noch als die ihre anerkennt? Ob der Vogel ihr nicht allzusehr gerupft ist?“

O nein, die Regierung nahm den gerupften Vogel hin. Aber dieses verhungerte Berggesetz fällt selbst „Der Bergknappe“ das Urteil, daß man den Bergleuten „Steine statt Brot“ gegeben. Aber doch wurde etwas befristet. Das berüchtigte „Nullen“ wurde verboten. Es darf seit 1905 nicht mehr „genullt“, sondern nur noch befristet werden.

Im Jahre 1908 trat die preussische „Volksvertretung“ wieder in Aktion für die Bergarbeiter. Sie änderte die gesetzlichen Bestimmungen, die das Knappschaftswesen regeln. Hierbei wurde den Berginvaliden die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit zum Knappschaftskassenrat genommen! Früher wurde an die Berginvaliden, sofern sie noch Kinder unter 14 Jahren hatten, ein Kindergeld (Ergänzungsbetrag) von je 3,20 Mk. gezahlt. Auch das wurde bei der Änderung des Knappschaftsgesetzes befristet!

Durch die Änderung des Knappschaftsgesetzes mußte für den Bochumer Knappschaftsverein, dem sämtliche Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund angehören, ein neues Statut geschaffen werden. Die Bergarbeiter stellten zum Statutenentwurf durch ihre Knappschaftskassen eine Anzahl Änderungsanträge. Die Unternehmer im Knappschaftsverein ließen sich auf nichts ein. Als der 1. Januar 1908 herankam, war kein neues Knappschaftsstatut geschaffen. Das Oberbergamt erließ ein Zwangsstatut; erst im Sommer 1908 kam durch langwierige Verhandlungen, wobei die Bergarbeiter der nachgebende Teil waren, ein ordnungsgemäß angenommenes Statut zustande.

Mittlerweile war auch die Hochkonjunktur des Jahres 1906/07 vorüber. Auf den Werken wurde mit Lohnreduzierungen über Lohnreduzierungen vorgegangen. Im 4. Quartal 1907 stand der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter auf 4,99 Mk. pro Schicht, im 4. Quartal 1909 auf 4,48 Mk. Ein Lohnrückgang von 51 Pfg. täglich innerhalb zwei Jahren. Noch drastischer kommt der Lohnrückgang bei den eigentlichen Bergarbeitern (Hauer und Leihhauer) zum Ausdruck. Bei dieser Arbeiterkategorie stand der Durchschnittslohn im 4. Quartal 1907 auf 6,14 Mk. und wurde im 4. Quartal 1909 bis auf 5,30 Mk. herunter „geregelt“. Von dieser Zeit an zeigt sich wieder eine Aufwärtsbewegung in der Lohnkurve, die aber nicht einmal auf die alte Höhe ansteigt. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter stand im 3. Vierteljahr 1911 letzte amtliche Lohnstatistik) auf 4,72 Mk., der Hauer und Leihhauer auf 5,58 Mk. Das ist eine in keiner Weise befriedigende Steigerung. Hierbei muß besonders auf die inzwischen eingetretene Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgüter hingewiesen werden. Der Lohnverlust der Bergarbeiter, der durch direkte Lohnreduzierungen entstanden ist, berechnet sich von Anfang 1908 bis Ende des dritten Vierteljahres 1911 auf 139 569 115 Mark! Und bei diesen starken Lohnverlusten ist der Wert der Leistungen pro Mann und Schicht gesunken. Der Wert der Leistung pro Mann und Schicht betrug im Hochkonjunkturjahre 1907: 7,84 Mk., 1908: 8,01 Mk., 1909: 8,03 Mk. und 1910: 8,09 Mk. Für 1911 ist eine Berechnung noch nicht möglich, weil die hierzu notwendigen Zahlen noch fehlen. Müßen schon diese Zustände starke Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern erzeugen, so kommen dazu noch andere, die außerhalb der Lohnfrage liegen. Raddob! Schon der Name allein treibt dem Bergmann die Zornesröte ins Gesicht! Nicht nur, daß er dabei derer gedenkt, die dort unten den Flammentod starben, sondern auch der späteren Vorkommnisse entsinnt sich der Bergmann dabei. Mit dem Namen Raddob ist jene Scheininstitution von Arbeiterkontrolle, die der Scharfmacher Gilger mit den Worten „weiße Salbe“ belegte, unlöslich verknüpft. Kontrolleure zum Schutze des Lebens und der Gesundheit verlangten die Bergarbeiter. Die Unternehmer schrien Zeter und Mordio, als die Regierung es nur wagte, einen vollständig unzulänglichen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem das jetzt gültige System der Sicherheitsmänner zugesagt war. Unauslöschbar stehen die Worte des Herrn Generaldirektor Uthemann im Gedächtnis der Bergarbeiter, die er in der Palasthotel-Konferenz am 5. Januar 1909 seinen anwesenden Scharfmacherkollegen zurief:

„Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß Du Deinen Namen verdienst und hilf uns.“

Die Vorlage, gegen die Herr Uthemann seine Kollegen zum Kampfe aufrief, ist zwar Gesetz geworden. Die Herren wurden belehrt, daß ihr Widerstand unklug sei. Sie setzten dem Gesetzentwurf keinen Widerstand mehr entgegen, um für später schlimmeres zu verhindern. Namentlich war es der Generaldirektor Gilger, der in diesem Sinne wirkte. Wir kommen um die Arbeiterkontrolleure nicht herum, darum gilt es, die Institution so wenig gefährlich wie möglich zu machen. — Das war der Standpunkt dieses Herrn. Die Institution ist für die Herren ungefährlich geworden. An Händen und Füßen gefesselt sind die Sicherheitsmänner. Welche Schikanen die Sicherheitsmänner auf einer Reihe Zechen ertragen müssen, das ist nachzulesen in einer Petition der Bergarbeiterverbände an den preussischen Landtag.

Den letzten Ring in der Kette der Bergewaltigung bilden dann das System der schwarzen Listen und der Zwangsarbeitsnachweis. Im Jahre 1909 standen annähernd 6000 Bergarbeiter auf den schwarzen Listen. Die Listen wurden von Monat zu Monat erneuert und den einzelnen Grubenverwaltungen zugesandt. Wessen Name auf der alphabetisch registrierten Liste stand, der konnte vergeblich Arbeit suchend von Grube zu Grube wandern! Er mußte ein halbes Jahr als Ausergesserter Buße tun. Alles das genügte den Herrenmenschen nicht. Enger noch mußten die Fesseln gezogen werden. So kam denn im Spätherbst 1909 der Gedanke des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises der Verwirklichung näher. Als dieser Plan in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wehrten sich die Bergarbeiter mit aller Kraft dagegen, wohl wissend, um was es sich bei dem Plan der Unternehmer handelte. Die Unternehmer hatten aber den rechten Zeitpunkt zur Verwirklichung ihrer Idee ausgesucht. Mitten in der Krise konnten sie es wagen. Die Bergarbeiter beugten sich. Nicht aber haben sie vergessen, was man ihnen mit dem Arbeitsnachweis angetan hat. Wenn auch dieser einseitige Unternehmer-Arbeitsnachweis keine Krallen noch nicht recht zum Vorschein gebracht hat, so ist doch schon das Bestehen desselben eine Gefahr für die Bergarbeiter.

Wir haben schon angedeutet, daß das Berggesetz vom Jahre 1905 eine „Verbesserung“ für die Bergarbeiter brachte. Diese besteht, wie schon gesagt, im Verbot des Nullens. Es dürfen keine mit Mindermaß beladenen oder unreinen Kohlenwagen genullt, sondern es darf für diese Vergehen nur eine Geldstrafe verhängt werden. Wie diese Verbesserung wirkt, dafür ein Beispiel: Wegen Förderung unreiner oder mit Mindermaß beladener Kohlenwagen wurden vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1911 Geldstrafen verhängt: Auf Zeche Carolinenfeld bei Bochum: 575 Mk.,

auf Zeche Holland, Schacht 3 und 4 bei Wattenscheid: 10 824,50 Mk., auf Zeche Shanrock, Schacht 3 und 4 bei Glöckel: 10 647,25 Mk., und auf Zeche Mollte, Schacht 3 und 4, bei Gladbeck: 21 185,55 Mk. Für unreine Kohle und ungenügende Füllung werden nur die bei der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiter (Hauer und Leihhauer) mit Strafen belegt. Auf den angegebenen Werken sind etwa über 10 000 Arbeiter beschäftigt. 48—50 Proz., also ungefähr die Hälfte davon, sind Hauer oder Leihhauer. Wir können also die Tatsache feststellen, daß 5000 Bergarbeitern durch Verhängung von Strafen wegen unreiner oder ungenügend beladener Kohlenwagen 49 463 Mk. vom Lohne abgezogen wurden. Dabei ist es unmöglich, gänzlich reine Kohle oder hoch aufgefüllte Kohlenwagen zu Tage zu bringen. Die Verhältnisse und die Beschaffenheit der Förderstrecken spielen dabei die größte Rolle.

So häuft sich Unrecht auf Unrecht, der die augenblickliche Bewegung und den Groll der Bergarbeiter erst verständlich erscheinen läßt.

Aus der Partei.

Übertritte zur sozialdemokratischen Partei. Fast unmittelbar nach den Reichstagswahlen haben einige bisher bürgerliche Demokraten, zum Beispiel Dr. Breitscheldt und Dr. Nestriepke, ihren Anschluß an unsere Partei erklärt. Mehrere Parteiblätter haben aus diesem Anlaß vorübergroßer Vertrauensseligkeit gewarnt und darauf hingewiesen, daß leider da und dort auch immer die Arbeiter gar zu zorn bereit sind, aus bürgerlichen Kreisen übergetretenen, die ein „Dr.“ vor dem Namen haben, sofort wichtige Posten übertragen. In sich könne man natürlich gegen den Anschluß von Intellektuellen nichts einwenden, wenn diese aus innerer Überzeugung zur Sozialdemokratie kommen. Aber gerade diese Überzeugung hätte man bei den jüngsten Übertritten nicht von vornherein haben können. Tatsache ist zunächst, daß noch vor wenigen Wochen die beiden jetzigen Genossen in schärfster Weise ihren abnehmenden Standpunkt gegen die Endziele der Sozialdemokratie zum Ausdruck brachten. Daß es da manchem Sozialdemokraten schwerfällt, zu glauben, daß in der kurzen Zeit ein so grundsätzlicher Umschwung in der Gesinnung der beiden Demokraten eingetreten sei, daß vielmehr zum Ausdruck gebracht wurde, ob nicht das Bestreben maßgebend gewesen sei, unter allen Umständen eine politische Rolle zu spielen, wenn nicht bei den Demokraten, dann bei den Sozialdemokraten, ersichtlich erklärt.

Aus Nah und Fern.

Unzuverlässige Kriegervereine. Mit tiefer Betrübnis stellt das Berliner Passenblatt, der „Reichsbote“ fest, daß einige Kriegervereine demnächst zwangsweise aufgelöst werden, weil die Mehrzahl der Mitglieder in dem Verbände steht, sozialdemokratisch gewählt zu haben. Verschiedene der von der Auflösung bedrohten Vereine haben sich bereits selbst aufgelöst. Wenn die Kriegervereine jedes ihrer Mitglieder, das sozialdemokratisch gewählt hat, ausschließen könnten, dann würde die Kriegervereinsherrlichkeit recht rasch zusammenbrechen.

Ein Schußmann in Paris erschossen. Gestern abend gegen 8 Uhr versuchte in der Rue du Havre ein Schußmann ein Auto anzuhalten, das in rasendem Tempo durch die Straße eilte, wurde aber durch mehrere Revolverkugeln, die die Insassen des Autos auf ihn abfeuerten, tot niedergestreckt. Durch eine der abgeschossenen Kugeln wurde auch eine Frau, die vorüberging, getroffen und lebensgefährlich verletzt. Das Auto entkam. Man nimmt an, daß seine Insassen Automobiliebes waren.

Kleine Nachrichten. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Berlin auf dem Heinrichsplatz. Als der acht Jahre alte Sohn eines Schuhmachermeisters den Platz kreuzte, wurde er von einem Automobil erfasst und so schwer verletzt, daß er bei der Entlieferung in die Charité starb. In einer Gußstahlfabrik in Bochum waren drei Monteure an einem 40 Meter hohen Wasserturm mit Reparaturarbeiten beschäftigt, als plötzlich das Gerüst ins Wanken kam. Ein Monteur konnte sich durch Abspringen retten, die beiden anderen wurden getötet. — Der Bäckergefellse Habicht in Kassel tötete seine zukünftige Schwelgermutter durch mehrere Revolverschüsse und verletzte seine Braut ebenfalls tödlich. Danach sprang er vom vierten Stockwerk aus dem Fenster und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. — Am Schluß der gestrigen Wiener Gemeinderatsitzung erhob sich auf der Gallerie ein Mann und gab einen Schuß in den Saal ab. Es wurde niemand verletzt. Im Saale entstand eine große Verwirrung. Der Mann wollte noch einen Schuß abgeben, doch wurde sein Arm von einem neben ihm stehenden niedergeschlagen. Der Mann wurde festgenommen und in einem Nebenzimmer sofort verhört. Er heißt Bauer und war Angestellter der städtischen Straßenbahnen, jedoch entlassen worden, weil er sich weigerte, die neue Dienstordnung zu unterschreiben. Er erklärte, er wolle nur seiner zahlreichen Familie helfen, die infolge der Entlassung in großer Not sei. Er wurde am ganzen Leibe zitternd von der Wache abgeführt. Die erste Untersuchung hat ergeben, daß der von Bauer abgegebene Schuß blind war. — Eine folgenschwere Kesselexplosion ereignete sich in Paris auf der nach den Hallen führenden Dampfstraßenbahnlinie. Als der Maschinenist in der Nähe der Hallen abstieg, um die Ursache einer Betriebsstörung festzustellen, explodierte plötzlich der Kessel der Straßenbahn. Die Decke des Wagens wurde eingedrückt und die Fenster Scheiben wurden zertrümmert. 11 Fahrgäste erlitten Verletzungen, darunter einige sehr bedenklich. Durch die Gewalt der Explosion wurde eine Reihe benachbarter Häuser beschädigt. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 27. Februar. Auftrieb 5800 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 61.— bis 63.— (49.— bis 50,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 61.— bis 62.— (49.— bis 49,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 61.— bis 62,00 (47,50 bis 48,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 60.— bis 61,50 (47.— bis 48,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52.— bis 58,00 (39,50 bis 44,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 55.— bis 58,00 (44.— bis 46,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 50,00 bis 56,00 (39,00 bis 43,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Götting.

An die Nichtorganisierten.

Wir sind gemacht, stark zur Wehr Sei fortgesetzt, schwerem Ringen, Doch müssen machen wir noch mehr, Soll uns die Zukunft Segen bringen. Soll unser Ziel, so hoch und schön, Das Ziel, uns zu den höchsten Höhen, Des Menschentums emporgeliehn. —

Doch ihr, die ihr abseits noch steht, Wo ihr so lange schon gerungen, Die ihr gebettet und gekleidet, Doch niemals noch das Schwert geschwungen. Wie lange mocht ihr zaudern noch Und damit schüttern eure Feste, Statt kühn zu sprengen Wahn und Soch, Das Doppelschloß für Leib und Seele? —

Ihr habt es immer doch gefehlt, Wenn ihr geklagt um bessere Löhnung, Was hat geholfen euer Flehen? War nicht die Antwort Spott und Höhnung, Kein Mittel allein — kein Klammern nützt, Wie sie auch nur den Segner flücht, Um uns zu schaden und zu schwächen.

o sagt, wie würd' es jetzt wohl sein, Wenn wir uns auch, wie ihr, allein Gekleidet auf's Betteln und auf's Betteln? Wär' nicht viel schlimmer noch die Not In eure Hütten eingebrungen? Und hätte nicht der Maschinen Der Opfer noch viel mehr verschlungen?

Erkennt doch, was so einfach, schlicht, Daß nur der Tröner kommt zum Siegen, Wenn er vereint die Kette bricht, Sonst muß er hilflos unterliegen. Verrechnung gibt Macht und Kraft, Ihr könnt es schon beim Segner wissen; Sie ist es, die ihm Sklaven schafft, Und die er ohne sie muß mißen.

Stark sind wir, aber mehr der Macht, Viel mehr noch müssen wir erringen, Soll uns die letzte große Schlacht Zum Sieg, zum Volkerglück gelingen. Und darum, schließt euch an, Die ihr abseits bis jetzt gestanden, Und steuert mit uns, Weib und Mann, Bis wir im Reich der Schönheit landen!

Die Reinigung. Von Karl Schönherr. Wie oft habe ich den alten Auerbrügger vor meinem Fenster über die Gasse tapen sehen. Immer ängstlich an der Häuserfront entlang, einen langen Stoch vor sich her schiebend, vorsichtig nach Hinterrücken taktend. Er ist stockblind, weiß Gott seit wieviel Jahren; ich kenne ihn nicht.

nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der ganzen Kulturwelt rechnen. Der Grund aber, der bei Spätschick in England gemacht worden ist, scheint etwas mehr zu bedeuten und ist zu einem großen Aussehen berechtigt. Der Umstand, daß diese Stelle unter dem Geschlechtsbeleg der letzten Sätze und zum Teil eingebettet in die darunter befindlichen Sande lagen, ließ von vornherein ein ungewöhnlich hohes Alter vermuten. Die Mächtigkeit des Geschlechtsbelegs beträgt an der betreffenden Stelle fast 1 1/2 Meter. Die Hauptfläche war nun die Feststellung, ob diese Schichten noch in ungeörter Lagerung waren, sodaß sich das Skelett in unmittelbarer Umgebung werden könnte, daß sich das Skelett an derselben Stelle befände, wo es ursprünglich zur Ruhe gegangen war. Alle Sachverständigen, die den Platz besichtigt haben, sind zu dem Schluss gekommen, daß es der Fall sei, und alsdann würde also dieser Mensch älter sein, als die Ablagerung des Geschlechtsbelegs. Dieser aber gehört an dem betreffenden Ort derjenigen Gegend an, die unter den verschiedenen Vorhöfen des großen skandinavischen Mikantepes der Härste gemein ist. Danach würde das Skelett von Spätschick der älteste Mensch sein, der in England bisher überhaupt entdeckt worden ist. Jetzt hat Professor Keith das Knochengewebe sorgfältig untersucht, und nach einem Bericht der "Nature" nichts Besonderes daran entdecken können, was einen erheblichen Unterschied von dem Körperbau des heutigen Menschen bedingen würde. Insofern sondern sich die Knochen mit dem berühmten Neanderthalsmenschen. Man könnte daraus schließen, daß der Mensch von Spätschick wohl doch nicht das mutmaßliche Alter besitzt. Andererseits aber würde unter Aufrechterhaltung dieser Annahme die Auffassung bekräftigt werden, daß der Neanderthalsmensch nicht zu den ältesten Menschenreihen gehört, sondern vielmehr eine eigne Rasse darstellt.

Ueber die landwirtschaftliche Entwicklung Sibiriens lagte in der Vollerfassung des Deutschen Landwirtschaftsrats der landwirtschaftliche Sachverständige beim Kaiserlichen Generalkonsulat in Petersburg, Herr Dr. Hollmann: Zwischen der russischen Kolonisation in Sibirien, wo oftmals 100 Kilometer von jeder Verkehrsverbindung Abstände folgen, und der kapitalwirtschaftlichen Zivile der Kolonisation Amerikas besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Es gebe in Sibirien kein Privatgrundbesitz, und zwar in der russischen Form des russischen Bauerntums, und der Selbstbesitz gerühmter und die Gemeindeform, welche auch auf Sibirien ausgedehnt werden. Aber erst in einigen Jahrzehnten werde man mit einem neuen Sibirien zu rechnen haben. Schon heute besitze Sibirien eine große Bedeutung als landwirtschaftliches Ausfuhrland. Die weitere Entwicklung Sibiriens hänge von der Erbauung weiterer Bahnen ab, insbesondere werde die geplante zweite sibirische Magistrate den Altai und die südlichen Steppengebiete, Landgebiete von der Ausdehnung weiseuropäischer Großstädte erschließen. Diese Reform werde das gesamte russische Wirtschaftsleben umwälzen. In seiner Verbindung mit Rußland sei Sibirien ein Land unbegrenzter Möglichkeiten. Der Redner veranschaulichte alsdann die landwirtschaftliche Entwicklung Sibiriens durch Vorführung von Lichtbildern.

Aus den Wühlkästern. Amerikanischer Humor. Ein Flieger landet auf einem Feld und bittet einen ziemlich gut gekleideten Herrn: "Ach bitte, wollen Sie einen Augenblick auf meine Maschine aufpassen?" — "Was?" — "Schon gar nicht, ich empöre, ich empöre!" — "Schon bin Senator der Vereinigten Staaten." — "Trotzdem, ich vertraue Ihnen." — "Sie laufen ächtlich." — "Und hast du mich auch wirklich lieb?" — "Schon liebe dich, ich liebe jedes einzelne Haar auf deinem Kopfe." — "Ich denke, wir gehen heute nicht zu dem Begräbnis?" — "Über warum denn?" — "Ach, es ist so neblig, daß uns doch kein Mensch sieht." — "Nunne, ich habe schon immer und immer gesagt, die Zimmer müssen ordentlich gereinigt werden. Jetzt finde ich an der Decke des Salons Spinnweben. Woher kommen die?" — "Ach, gnädige Frau, ich glaube von Spinnen."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schönberr. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

ber ehelich Geborenen aus. Totgeborenen wurden zudem noch 4240 Kinder unehelich, gleich 13 Proz. der ehelich Geborenen an den. Das sind gewiss hohe Anteile unehelicher Geborener an der Gesamtzahl. Wenn sie aber von unehelichen unterzucht, aus welchen Berufsständen die Mütter resp. Väter der unehelichen Kinder rekrutieren. Folgende Aufstellung gibt darüber Aufschluß. Von den unehelichen Geburten entfallen auf Land- und Forstwirtschaft . . . 29 998 Hausliche Dienste . . . 28 419 zusammen . . . 58 417

Diesen heißen Berufsgruppen gehören zusammen nicht weniger als 58 417, also 13,5 Proz. aller unehelichen Geburten. Dazu ist weiter zu berücksichtigen, daß unter den unehelichen, gewerblich tätigen Müttern sehr viele als schwanger das "schlafende Haus verlassen" sind, in dem sie bis dahin als Dienstmädchen tätig waren. Sodann war von den ohne Berufsangabe gemeldeten und in Anstalten befindlichen unehelichen Müttern auch wohl der größte Teil ebenfalls ehemals als Dienstmädchen oder landliche Arbeiterinnen tätig. Verlassen und verflochten suchten sie irgendein ein Unterkommen; in den Berührungskreisen flüchteten sie nach der großen Stadt, um hier ungestört untertauchen zu können.

Kleines Feuilleton.

Wenige machen gilt nicht! Die Selbsterkenntnis der Erwachsenden — ja laudert Prof. Rauch (Wien) im "Kosmos" — ist wohl noch ein Ziel seiner Ängst eines Sperrings, den wir etwa jahrelang höherbergt haben, der uns kennt und uns bestrafen best ist und dennoch die Federn sträubt, laucht und sich ganz aufregt gebärde, wenn man in der Dämmerung an seinen Füßen tritt. Nur beruht seine Ängst auf einer durchaus realen Grundlage, denn bei einem im Freien lebenden Sprößling der jede Nacht von irgend einem Insektum angegriffen und gekräftigt werden kann, ist dies ein ganz natürliches Verhalten, während beim erwachsenen Menschen die Hygiene einflößt, ungeeignet arbeitet. Zum Beispiel: Ein Herr übermachtet in einem Hotel, wird aber aufmerksam gemacht, daß es in diesem Raum nicht pfehner sei, ein anderer sei aber selber nicht mehr zur Verfügung. Er legt sich schlafen und wachsend will, seinen linken Arm selbstgeballen. Es gruselt ihn schon, doch gelangt es ihm noch, mit dem freien Arm sich zu machen. Ein Paken an der Wand hielt das Bomb und durch dieses den Arm fest. Der Antellett und auch das Gemüt waren hierdurch entlastet. — In irgend einer Wespenschwärme. Der vornehmste Vertikale angeben, alles abzuschneiden. Der vornehmste Vertikale angeben, alles abzuschneiden. Der vornehmste Vertikale angeben, alles abzuschneiden.

Ein englischer Eisgärtner. Zu Beginn dieses Jahres wurde gemeldet, daß man in der Nähe von Spätschick ein beinahe vollkommen erhaltenes Skelett eines Menschen aus der Eiszeit gefunden habe. Die Auffindung eines einigermaßen vollständig erhaltenen menschlichen Skeletts ist überaus selten, da die großen Seitenhöhlen, und kann daher immer auf eine außerordentliche Beachtung passen!

Der Auerbrügger prüft nach alter Weinbeisart mit der Zunge schmeckend den Geschmack nach. Er war sich noch nicht ganz klar. "Um! Weiß nit recht, wo i's hantuen soll! Aber was Wunder's ist's! Das Jahr, i's! Er macht noch einen prüfenden Schluck. "Um! In bitterem Nachschmack hat's! Das wird aber schon gut für'n Mag'n sein!"

